

**GESCHAEFTSBERICHT DER DIREKTION FÜR INTERNATIONALE
ORGANISATIONEN**

über

die technische Zusammenarbeit mit der CSFR, Polen und Ungarn

Mai 1990 - Mai 1991



Inhaltsverzeichnis

Bemerkung zur Numerierung: 1. Zahl = Bereich, 2. Zahl = Sektor, 1. Ziffer der 3. Zahl = Programm, 2. Ziffer der 3. Zahl = Land, 4. Zahl = Projekt

		Seite
0.	Einleitung	1
1.	Der Bereich "Ausbildung"	4
1.1.	<i>Der Sektor "Wirtschaft"</i>	4
1.1.11.	Das Programm "Unternehmensführung/CSFR"	4
1.1.11.1.	Das Projekt "NDU-CSFR/HSG"	5
1.1.11.2.	Das Projekt "Transfer"	6
1.1.11.3.	Das Projekt des Gewerbeverbandes der Stadt Zürich	6
1.1.11.4	Das Projekt "Wirtschaftswochen"	7
1.1.12.	Das Programm "Unternehmensführung/Polen"	8
1.1.12.1.	Das Projekt des BWI	8
1.1.12.2.	Das Projekt "BPI-VFU"	9
1.1.13.	Das Programm "Unternehmensführung/Ungarn"	10
1.1.13.1.	Das Projekt der Universität Neuenburg	10
1.1.21./ 22./23.	Das Programm "Bankenwesen"	11
1.1.21.1.	Das Projekt der Bankiervereinigung in der CSFR	11
1.1.31./ 32./33.	Das Programm "Tourismus und Hotellerie"	12
1.1.31.1.	Das Projekt "Tourismus" des IFV in der CSFR	13
1.1.32.1.	Das Projekt "Tourismus" des IFV in Polen	14
1.1.33.1	Das Projekt "Tourismus" des IFV in Ungarn	15
1.2.	<i>Der öffentliche Sektor</i>	16
1.2. 11./ 12./13.	Das Programm "öffentliche Lokalverwaltung"	16
1.2.11.1/ 12.1./13.1.	Die Projekte des Schweizerischen Städteverbandes	16
1.2.11.1.	Das Projekt "Strategische Verwaltungsführung" in der CSFR	17
1.2.12.1.	Das Projekt des IDHEAP in Polen	18
1.2.22./23.	Das Programm "Lehrerfortbildung und Schulreform"	19
1.2.22.1.	Das Projekt der wbz für Polen	19
1.2.23.1.	Das Projekt der wbz für Ungarn	20

1.2.33.	Das Programm "Berufsausbildungszentrum"	20
1.2.33.1.	Das Projekt "Berufsausbildungszentrum" des BIGA in Ungarn	21
1.3.	<i>Der soziale Sektor</i>	22
1.3.11.	Das Programm "Ausbildung von Gewerkschaftskadern"	22
1.3.11.1.	Das Ausbildungsprojekt des SGB für Gewerkschaften in der CSFR	22
1.3.22.	Das Programm "Arbeitsvermittlungsstellen"	23
1.3.22.1.	Das Projekt "Arbeitsvermittlungsstellen" des BIT in Polen	23
1.3.33.	Das Programm "Privatisierung von Immobilien"	24
1.3.33.1.	Das Projekt des IREC in Ungarn	24
1.4.11./ 12./13.	Das Stipendienprogramm der ESKAS	25
2.	Der Bereich "Kultur"	26
2.11./12./ 13.	Das Programm "Austausch/Begegnungen"	26
2.21./22./ 23.	Das Programm "Künstler-Ateliers"	27
2.3.	Das Programm "Kinofilm" des BAK	27
2.41./42./ 43.	Das Programm "Kulturgütererhaltung" des BAK	28
3.	Der Bereich "Umweltschutz"	30
3.11./12.	Die Programme "Sondermüllbewirtschaftung und Wald- schutz" in der CSFR und Ungarn	30
4.	Der Bereich "Wissenschaft"	32
4.11./12./ 13.	Das Programm "Nationalfonds"	32
4.23.1.	Das Projekt "Collegium Budapest" in Ungarn	32

Anhang

Uebersicht Programme: CSFR
Polen
Ungarn

Finanzangaben: Gesamtbudget bis Ende 1992
Budget der technischen Zusammenarbeit
Budget DIO ohne Lieferungen des BAWI
Budget nach Ländern
Vergleich Budget/Verpflichtungen
Vergleich verpflichtete bzw.
ausbezahlte Mittel

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT FUER
AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN

BERN, Juni 1991

Geschäftsbericht der Direktion für Internationale Organisationen
über
*die technische Zusammenarbeit mit der CSFR, Polen und Ungarn im
Rahmen des Sofortprogramms der Schweiz für Osteuropa*

0. Einleitung

Am 29. März 1990 bewilligte das Eidgenössische Parlament für das Soforthilfeprogramm zugunsten Ost- und Mitteleuropas einen Kredit von 250 Mio. Franken.

Im Rahmen dieses Programms wurde die Direktion für internationale Organisationen (DIO) mit der Betreuung und der Koordination der Bereiche "Ausbildung, Kultur, Umweltschutz und Wissenschaft" beauftragt.

Wie in der Botschaft vom 22. November 1989 an die Eidgen. Räte als Zielsetzung formuliert, soll das Sofortprogramm den Umwandlungsprozess in Osteuropa unterstützen, einen aktiven Beitrag zur Festigung der neuen politischen bzw. wirtschaftlichen Strukturen leisten und die Chancen für Stabilität und Frieden in Europa erhöhen. Aufgrund dieser Vorgabe wurden in den obengenannten vier Bereichen folgende Sektor- und Programmziele bestimmt:

- Ausbildung:

Einstellung und Leistungen der Verantwortlichen in den Schlüsselbereichen der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung werden verbessert

- Kultur:

Gegenseitiges Kennenlernen und Verständnis werden gefördert.

- Umweltschutz:

Der Umweltschutz in den prioritären Bereichen wird verbessert.

- Wissenschaft:

Die Direktkontakte zwischen Forschern bzw. Forschungsinstitutionen werden gefördert.

Zur Realisierung dieser Ziele stehen der DIO rund 38 Mio. Franken zur Verfügung. 95% dieser Mittel sind bereits verpflichtet, für die restlichen 5% wird dies Ende 1991 der Fall sein. Annähernd 30% der verpflichteten Gelder sind bereits ausbezahlt.

Eine befriedigende und erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Staaten Ost- und Mitteleuropas hängt wesentlich von der Kontinuität des Sofortprogrammes ab. Möglich ist dies aber nur, wenn das Parlament in der ersten Hälfte 1992 einen neuen Rahmenkredit bewilligt.

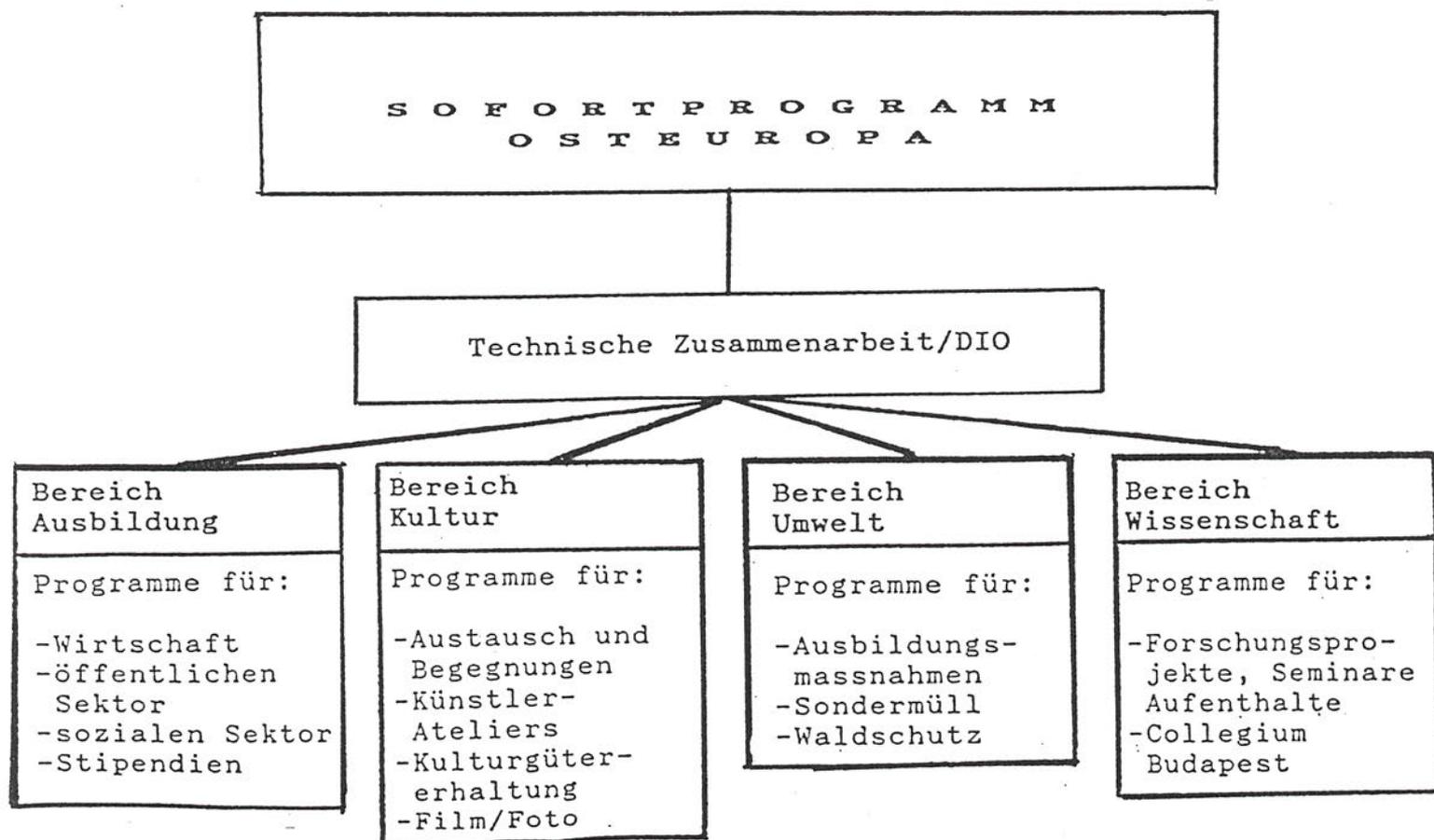
Die DIO führt ihren Auftrag in enger Zusammenarbeit mit der von der politischen Abteilung geleiteten Arbeitsgruppe Schweiz-Ost-Mitteleuropa (AG SOME) durch. Zur Mitarbeit beigezogen werden ebenso andere Departemente und verwaltungsexterne Institutionen.

In den Bereichen Umweltschutz und Kultur bestehen z. B. Fachgruppen, die alle Aktivitäten koordinieren. Ein anderes Beispiel ist das Wissenschaftsprogramm, das in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Bildungswesen des EDI entstand und nun zur Hauptsache vom Schweizerischen Nationalfonds durchgeführt wird. Was Wirtschaftsfragen betrifft, wurde u.a. regelmässig der Vorort des Schweizerischen Industrievereins konsultiert, etc.

Grundsätzlich kann es nicht Aufgabe der DIO sein, die fachlichen und personellen Ressourcen für die *Durchführung* der Projekte zur Verfügung zu stellen. In ihren Aufgabenbereich fällt allein die Koordination und die Ueberwachung der geplanten und laufenden Vorhaben. Daher wird die Durchführung der Projekte auf Mandatsbasis an private, öffentliche oder halbstaatliche Institutionen (Consulting-Firmen, Verbände, Gewerkschaften, Universitäten, etc.) weitergegeben. Diese dezentrale Vorgehensweise ermöglicht eine effiziente und qualitativ durchgreifende Realisierung der geplanten Massnahmen und trägt überdies wesentlich dazu bei, dass die administrativen Kosten sehr niedrig gehalten werden können (weniger als 5% des Budgets).

Die klar formulierten Sektorziele erlauben, die verschiedenen Aktivitäten streng auf der Basis der Botschaft an die Eidgenössischen Räte zu halten.

Ausgehend vom Grundsatz der Mittelkonzentration werden die Tätigkeiten der DIO in jedem Bereich in Programme zusammengefasst. Die nachfolgende Tabelle gibt einen Ueberblick über die verschiedenen Aktivitäten.



Zielorientierte Planung mit "logical framework approach"

Identifikation, Selektion und Planung von Projekten und Hilfsmassnahmen sind Resultat einer umfangreichen Problem-, Ursachen und Wirkungsanalyse, aus der sich Projektziele und Lösungsvorschläge ableiten lassen. Die Grundidee dieses "logical framework approach" ist die "Zielorientierte Planung": Zur Erreichung des Programmziels werden Mandate an unterschiedliche Verantwortliche delegiert. Durch diese Segmentierung und Delegation des Programmziels können einzelne Massnahmen geplant und ausgeführt werden, die wiederum aufgrund der gemeinsamen Zielsetzung wie passende Mosaiksteine zum Erfolg des Programmziels beitragen sollen, d.h., weder das Programmziel noch die einzelnen Hilfsmassnahmen sind willkürlichen Ursprungs.

Somit werden bei dieser Methode sämtliche Arbeitsschritte und Aktionen permanent daraufhin überprüft, ob sie mit dem Programmziel in Einklang stehen. Voraussetzung für ein reibungsloses Funktionieren dieses "logical framework" ist der intensive Informationsaustausch und die Koordination der Arbeit der einzelnen Sektoren. Diese wiederum werden nach den Regeln der Effizienz und der Effektivität bewerkstelligt. Die Bündelung dieser Massnahmen ist Voraussetzung für die Kontinuität der Erfolge und damit ebenso für den Mutationsprozess in Mittel- und Osteuropa.

1. Der Bereich "Ausbildung"

Der Wechsel von der Plan- zur Marktwirtschaft im Zusammenhang mit den politischen und sozialen Umwandlungen in Osteuropa bedingt eine entsprechend fundierte Ausbildung der Kader auf allen Stufen. Um dem begonnenen Reformprozess zum Durchbruch zu verhelfen, gilt es besonders, die Verhaltensweisen und Leistungen der Verantwortlichen an den Schlüsselstellen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gefüges den neuen Voraussetzungen anzupassen. Unter Berücksichtigung der Bedürfnisse, die seitens der Betroffenen geäußert wurden, will sich die DIO in ihrer Zusammenarbeit mit den genannten drei Ländern im Bereich "Ausbildung" auf folgende Branchen und Institutionen konzentrieren:

Lokale und ministeriale Verwaltung, Gewerkschaften, Berufs- und Schulbildungssystem, kleine und mittlere Unternehmen, Banken sowie Hotellerie und Tourismus.

1.1. Der Sektor "Wirtschaft"

Der Sektor Wirtschaft besteht aus Programmen, die zur Verbesserung der Unternehmensführungen, des Bankenwesens und der Hotellerie- bzw. der Tourismusbranche beitragen sollen.

In allen drei osteuropäischen Ländern, mit denen die Schweiz vorläufig zusammenarbeiten wird, befinden sich im Programm "Unternehmensführung" verschiedene Projekte teils in der Planungs-, teils bereits in der Realisierungsphase.

Angestrebt wird überall eine Anpassung der Leistung der Unternehmenskader verschiedener Stufen an die Spielregeln eines marktwirtschaftlichen Systems.

Im Programm "Bankenwesen" steht bis jetzt ein Projekt für die CSFR. Die Realisierung ähnlicher Aktionen in Polen und Ungarn erfordert noch zusätzliche Abklärungen.

Im Programm "Tourismus und Hotellerie" konnten anhand einer allgemeinen Bestandaufnahme die konkreten Projekte für die betreffenden drei Länder bestimmt werden.

1.1.11. Das Programm "Unternehmensführung" in der CSFR

In der CSFR stehen im Programm Unternehmensführung vier Projekte zur Kader-Aus- und Weiterbildung im Vordergrund: während das Projekt "NDU-CSFR" der Hochschule St. Gallen (HSG) höhergestellte Führungskräfte ins Auge fasst, setzt das Projekt "Transfer" auf die Ausbildung einer breiten Basis unterer und mittlerer Kader. Der Gewerbeverband der Stadt Zürich dagegen möchte qualifizierten jungen Berufsleuten die Möglichkeit zur praktischen Weiterbildung in ihrem erlernten Beruf anbieten, und die Ernst Schmidheiny Stiftung schliesslich plant zugunsten von Mittel- und HochschulabsolventInnen die in Deutschland und der Schweiz seit vielen Jahren bewährten Wirtschaftswochen durchzuführen.

Wie überall in Osteuropa, stellt die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung auch in der CSFR ein grosses Fragezeichen dar.

Wohl ist der Wille zu Veränderungen und zur Bewältigung des Umwandlungsprozesses eindeutig vorhanden, was aber fehlt, ist das Wissen um den Punkt, wo es den Hebel anzusetzen gilt.

Erfolgreiches Wirtschaften unter den Bedingungen des freien Marktes setzt eine riesige Anstrengung zur wirksamen Verbreitung und Vermittlung des marktwirtschaftlichen Prinzips voraus. Zusätzlich kompliziert wird die Situation in der CSFR durch einen überdimensionierten Verwaltungsapparat und das Nationalitätenproblem zwischen Tschechen und Slowaken, das aber v.a. auf politischer Ebene in Erscheinung tritt.

1.1.11.1. Das Projekt "NDU-CSFR/HSG"

Die Hochschule St. Gallen (HSG) hat für die CSFR ein Projekt "Nach-Diplom in Unternehmensführung" (NDU-CSFR) geplant. Zielpublikum sind höhergestellte tschechische und slowakische Unternehmensverwalter, Kaderausbildner und Professoren, die durch den anspruchsvollen Lehrgang auf dem Weg zur Privatisierung begleitet werden.

Die durchwegs positiven Erfahrungen, die das NDU bisher in der Schweiz lieferte, wurden unter Berücksichtigung der tschechoslowakischen Rahmenbedingungen auf das Projekt "NDU-CSFR" übertragen. Ein wissenschaftlicher Beirat, der aus Mitgliedern beider Länder besteht, war bei dieser Aufgabe behilflich und wird bei der Ausarbeitung von Fallstudien und bei weiterführenden Forschungsprojekten mitwirken.

Das Projekt zielt kurzfristig darauf ab, den Aus- und Weiterbildungsprozess in Gang zu setzen und damit eine möglichst grosse Breitenwirkung zu erzielen. Als längerfristiges Ziel wird die schrittweise wirtschaftliche und wissenschaftliche Verselbständigung von "NDU-CSFR" angepeilt. Dies würde die sukzessive Ersetzung schweizerischer Dozenten durch tschechoslowakische und die Erhebung einer kostendeckenden Gebühr von den Kursteilnehmern erfordern.

"NDU-CSFR" arbeitet mit einem berufsbegleitenden Konzept. Dies hat den Vorteil, dass die erhebliche Stoffintensität in Teileinheiten vermittelt werden kann und für die Teilnehmenden zudem die Möglichkeit besteht, das Erlernte unmittelbar im Berufsalltag umzusetzen.

Der Kursbeginn ist bereits Mitte Januar 1991 erfolgt. Während eineinhalb Jahren werden nun zwölf 14-tägige Blockkurse, wovon der letzte in der Schweiz stattfinden wird, durchgeführt.

Das Stoffprogramm der Kurse reicht von der Einführung in die Volkswirtschaftslehre bis zu den grossen Zusammenhängen des gesamtwirtschaftlichen Systems. Der Lehrgang wird im Sommer 1992 durch eine Diplomarbeit und ein 14-tägiges Praktikum in verschiedenen Schweizer Firmen abgeschlossen.

Der Entscheid über einen allfälligen Fortsetzungskurs für das Jahr 1992 wird Mitte 1991 fallen.

Der Bund finanziert das Projekt mit einem Beitrag von 1,2 Millionen Franken.

1.1.11.2. Das Projekt "Transfer"

Die Stiftung "Transfer" setzt den Schwerpunkt ihres Projekts auf die Ausbildung mittlerer bzw. unterer Kader von Unternehmen sowie selbständiger Kleinunternehmer.

Mit einer praxisorientierten Grundausbildung in Marktwirtschaft soll eine ausgeprägte Breitenwirkung erzielt werden. Dies wird erreicht, indem die weitgefaste Zielgruppe den Lehrgang im Selbststudium absolviert und zur Vertiefung und praktischen Anwendung der angeeigneten Materie verschiedene Seminare besucht.

Bei der Gestaltung der Seminare und der Vorbereitung der Lehrmittel konnte Transfer ausgesprochenen von den reichen Erfahrungen des AKAD-Institutes für Fernkurse profitieren.

Die Grundidee des Projekts griff Professor Ota Sik, der an der Hochschule St. Gallen während zwanzig Jahren systemvergleichende Studien zur Plan- bzw. Marktwirtschaft betrieb und heute zum Präsidialrat des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Vaclav Havel gehört, von zwei HSG-Studenten auf.

Die finanzielle Unterstützung des Projekts durch den Bund ist an eine Teilzielsetzung gebunden. Der zugesicherte Kredit von 659'000 Franken soll primär zur Behebung der bestehenden Lücken in der Buchhaltungstechnik und der Finanzverwaltung eingesetzt werden, die in Osteuropa zu den Haupthindernissen der wirtschaftlichen Entwicklung gehören.

Dieser erste Bundesbeitrag erlaubt es, die Tauglichkeit der Projekt-Konzeption zu evaluieren. Danach könnte, je nach Ergebnis, allenfalls ein weiterer Kredit in Aussicht gestellt werden.

Für die vollständige Realisierung des Projekts hat die Stiftung "Transfer" eine Gesamtsumme von zwei Millionen Franken veranschlagt.

Neben den zugesicherten Beiträgen der Privatwirtschaft ziehen auch verschiedene Kantone eine finanzielle Beteiligung in Erwägung.

1.1.11.3. Das Projekt "Weiterbildung von Berufsfachleuten" des Gewerbeverbandes der Stadt Zürich

In kleinen und mittleren Gewerbebetrieben der CSFR mangelt es in praktisch allen Berufen an Kader- und Fachleuten, die Führungsfunktionen übernehmen oder als selbständige Unternehmer Betriebe erfolgreich leiten können.

Der Gewerbeverband der Stadt Zürich (GVZ) hat zugunsten qualifizierter, junger Berufsleute ein Projekt erarbeitet, das den Schwerpunkt auf die praktische Ausbildung legt.

Jährlich werden ca. hundert PraktikantInnen aus der CSFR während maximal vier Monaten pro Jahr Gelegenheit erhalten, in schweizerischen Gewerbebetrieben gezielte Praktika zur beruflichen Weiterbildung zu absolvieren. Dabei soll die praktische Arbeit durch einige theoretische Tageskurse zu folgenden Themen ergänzt werden:

- moderne, rationelle Arbeitsmethoden
- Arbeitsabläufe
- Materialkenntnisse unter spezieller Berücksichtigung der Umweltverträglichkeit
- Planung des Personaleinsatzes bzw. der Personalführung
- Einführung in Betriebswirtschaft, Marketing und Rechnungswesen

Für den theoretischen Teil des Projekts stehen Programme, Unterlagen und Referenten der Zürcher Geschäftsstelle des Schweizerischen Institutes für Unternehmensschulung im Gewerbe (SIU) zur Verfügung.

Nach ihrer Rückkehr in die CSFR sollten die Absolvent/-Innen die erworbenen Kenntnisse in ihre Berufspraxis umsetzen können. Für geeignete AnwärterInnen wird in den folgenden Jahren die Möglichkeit zur Fortsetzung der Ausbildung in der Schweiz mit erhöhten Anforderungen bestehen. Anschliessend müssten die Betreffenden in der Lage sein, mit Unterstützung des Gewerbeverbandes der CSFR Kaderfunktionen zu übernehmen oder als selbständige Unternehmer aktiv zu werden.

Längerfristig scheint die Projektfortsetzung durch die Zusammenarbeit mit der Stiftung "Transfer" (Fernkursmethode) am sinnvollsten zu sein.

Der Bund unterstützt das Projekt des GVZ mit einem Betrag von 250'000 Franken.

1.1.11.4 Das Projekt "Wirtschaftswochen" der Ernst Schmidheiny Stiftung

Das Projekt will marktwirtschaftliche Prozesse für AbsolventInnen von Mittel- und Hochschulen unmittelbar erlebbar machen. Ziel ist es, das Umdenken auf die freie Marktwirtschaft bereits beim akademischen Nachwuchs einzuleiten. Als Vorbild dient dabei das Modell der in der Schweiz und der ehemaligen Bundesrepublik Deutschland mit Erfolg durchgeführten Wirtschaftswochen der Ernst Schmidheiny Stiftung.

Die Vermittlung der grundlegenden Kenntnisse über das Funktionieren der Marktwirtschaft wird mittels eines computergestützten Marktmodells durch speziell geschulte Kaderkräfte aus der Wirtschaft erfolgen. Das in der Schweiz erfolgreich angewandte und nun auf tschechoslowakische Verhältnisse angepasste "Fachlehrerprinzip" begünstigt eine ausgeprägte Breitenwirkung. Bis Ende 1993 könnten bis 8000 Studierende von den Wirtschaftswochen profitieren.

Das Projekt hat vorerst Pilotcharakter. Die Ausdehnung auf die gesamte CSFR ist aber jederzeit möglich.

Bisher fand ein Testlauf an der Oekonomischen Hochschule in Bratislava statt. Dabei wurden slowakisch sprechende Kaderkräfte in Fachlehrerkursen ausgebildet, eine Wirtschaftswoche für Mittel- und Hochschulabsolventen durchgeführt und eine ebensolche zur Selektion von slowakischen Fachlehrern abgehalten.

In nächster Zeit wird nun die Uebersetzung und Anpassung der Lehrunterlagen sowie zwei dreiwöchige Fachlehrerkurse für slowakische Lehrkräfte anstehen. Anschliessend wird das slowakische Ministerium für Schulwesen, Jugend und Sport übungshalber selber einige Wirtschaftswochen mit eigenen Fachlehrern, allerdings noch unter schweizerischem "coaching", durchzuführen. Wenn die Qualität der Wirtschaftswochen gesichert ist, was etwa ab 1993 der Fall sein sollte, werden die tschechoslowakischen Behörden mit der selbständigen Durchführung betraut werden können.

Der Bund unterstützt das Projekt mit einem Beitrag von 320'000 Franken.

1.1.12. Das Programm "Unternehmensführung" in Polen

Nicht anders als im übrigen Osteuropa, hängt der Erfolg der Reformen in Polen wesentlich von der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsfähigkeit des Landes ab.

Neben der Förderung des allgemeinen Verständnisses des Marktmechanismus' gilt es auch hier, der Verwaltung kleiner und mittlerer Unternehmen und der richtigen Handhabung der Verwaltungsinstrumente besonderes Augenmerk zu schenken.

Von Seiten des Bundes stehen dabei zwei Projekte im Vordergrund: Nach der Projektauswahl, die das Betriebswirtschaftliche Institut der ETH Zürich (BWI) in Polen vorgenommen hat, stehen derzeit fünf Teilprojekte in der Vorbereitungsphase. Das Betriebspädagogische Institut der Vereinigung für freies Unternehmertum (BPI-VfU) dagegen hat für das andere bereits eine erste Pilotphase durchgeführt.

1.1.12.1. Das Projekt des BWI

Die Stiftung des Betriebswirtschaftlichen Instituts der ETH Zürich (BWI) hat in Polen im Auftrag der DIO eine Projektauswahl vorgenommen. Derzeit stehen fünf Projekte in der Vorbereitung. Vorgesehen sind detailliert geplante Seminare zu spezifisch und klar umschriebenen Spezialthemen der Managementausbildung, die auf der Basis eines theoretischen Rahmens leicht in die Praxis umsetzbar sein müssen. Als Zielgruppe angesprochen werden v.a. Jungunternehmer und mittlere Kader.

Die Universität Lublin und die lokale Stiftung Solidarnosc haben gemeinsam ein Ausbildungszentrum für Management gegründet sowie ein detailliertes und umfangreiches Ausbildungsprogramm entworfen. Aus diesem Programm wird das BWI verschiedene Ausbildungsblöcke übernehmen (Marketing, Produktionsplanung- und steuerung und Betriebswirtschaft) und diese zur Ausbildung der künftigen Ausbilder verwenden.

In Zusammenarbeit mit der Universität Gdansk und der Wirtschaftsstiftung Solidarnosc soll in der Region Gdansk ein Angebot in Management-Ausbildung für Kader und Unternehmer geschaffen werden. Vorgesehen ist in diesem Fall die Uebernahme von zwei bis drei Blockkursen zu Themen wie Marktsegmentation und Käuferverhalten im Rahmen eines bereits bestehenden Programms.

Der erst neulich gegründete polnische Arbeitgeberverband vertritt die Interessen der jetzigen und künftigen privaten Arbeitgeber. Er will in der Gestaltung des Arbeitsrechts, der Arbeitsbedingungen, der wirtschaftlichen Reformen und der Schulung von Führungskräften eine aktive Rolle spielen. Zusätzlich möchte er auch als Gesprächspartner bei Arbeitskonflikten zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern auftreten. Aus diesem Anforderungsprofil leitet sich ein erstes Schulungsbedürfnis in Verhandlungstechnik und Gesprächsführung ab. Geplant sind vorerst zwei Seminare zum Thema Verhandlungsführung: je eines zugunsten der künftigen Ausbilder des Verbandes bzw. der Ausbilder eines "Management Training Centers" des Verbandes. Dieses Ausbildungszentrum sollte im Rahmen seines Schulungsprogramms noch im Oktober dieses Jahres erste Management-Kurse für Führungskräfte bzw. deren Ausbilder durchführen. Alle Seminare werden im Sommer und Herbst dieses Jahres durchgeführt.

Weitere Projekte des BWI befinden sich in der Vorabklärungs- oder Planungsphase. Zur Diskussion stehen u.a. die Unterstützung der

technischen Universität Warschau, die für ihre Kurse in industrieller Unternehmensführung im ganzen Land acht regionale Ausbildungszentren aufbauen will oder die Mithilfe beim Projekt "Kommunalbetriebe", das von der Stadt Gdansk inziert wurde. Der Bund unterstützt die BWI-Projekte mit einem Beitrag von 720'000 Franken.

1.1.12.2. Das Projekt "BPI-VFU"

Das Betriebspädagogische Institut der Vereinigung für freies Unternehmertum (BPI-VFU) aus Zürich hat für die Region Gdansk ein Ausbildungssystem bzw. eine Ausbildungsmethode zur Verbesserung der Unternehmensverwaltung vorbereitet und geprüft.

Die Zielgruppe wurde mit kleinen und mittleren Unternehmern sowie mittleren Kadern bereits privatisierter Unternehmen umschrieben.

Unter Mitarbeit der polnischen Konsulentengruppe "Grupa Res" fanden Ende Oktober 1990 zum Thema "Wie kann ich mein Unternehmen erfolgreich weiterentwickeln?" die ersten beiden Test-Workshops statt. Obwohl die Teilnehmer von den Veranstaltungen zunächst unmittelbar anwendbare Rezepte zur Lösung individueller Probleme erwarteten, scheint die aktivierende Workshop-Methode für die "hörsaal-ungewohnten" und "trainings-skeptischen" polnischen Kleinunternehmer erfolgversprechend zu sein. Denn sehr bald wurde erkannt, dass nur die eigene aktive Auseinandersetzung mit den angebotenen Konzepten zu situationsgerechten Lösungen führen kann.

Im Rahmen des Pilotprojekts haben seither fünf Einführungsseminare, ein Ausbildungsseminar und ein Forum für den Erfahrungsaustausch stattgefunden. Zwei Exkursionen in die Schweiz gaben der Zielgruppe schliesslich Einblick in verschiedene Schweizer Firmen. Für die Realisierung der Pilotphase hat der Bund einen Kredit von 253'000 Franken gesprochen.

Das BPI/VFU-Projekt tritt ab Juni 1992 in seine zweite Phase. Konzentrieren will man sich nun in erster Linie auf die Izba Rzemieslniczka in Gdansk, die Danziger Gewerbekammer, die rund 18'000 Gewerbebetriebe vertritt, und auf Folgemaassnahmen, die sich aus dem Pilotprojekt ergeben. Die Gewerbekammer soll v.a. beim Aufbau einer internen Ausbildungsorganisation unterstützt werden. Die Izba-Verantwortlichen möchten dabei zwei Schwerpunkte legen: einen auf Betriebe mit internationalen Kontakten und einen auf Gewerbebetriebe, die sich zu kleinen oder mittleren Unternehmen entwickeln könnten.

Zunächst werden für beide Zielgruppen je sechs Workshops zu Themen wie finanzielle Führung, Marketing und Werbung, (internationale) Verhandlungen oder Unternehmensführung und Organisation durchgeführt werden. Anschliessend wird für ausgewählte AbsolventInnen die Gelegenheit zu branchenspezifischen Studienreisen in der Schweiz oder Praktika in geeigneten Betrieben bestehen.

Ein weiteres Aufgabenfeld der Schweizer Experten wird im Hinblick auf eine moderne Betriebspädagogik die methodisch-didaktische Ausbildung der polnischen Trainer und Experten sein, die nach einer Einführungsphase in der Lage sein sollten, selbständig weiterzuarbeiten.

Aus dem Pilotprojekt haben sich erfreulicherweise, wie oben bereits angetönt, auch verschiedene Eigeninitiativen entwickelt, die jetzt einiger flankierender Folgemaassnahmen bedürfen, damit die entstandene Eigendynamik erhalten bleibt oder, wo immer möglich,

noch verstärkt wird. Geplant sind Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für den Klub der privaten Unternehmer und die Unterstützung von lokalen Initiative-Gruppen bei der Unternehmensentwicklung. Aus dem Ausbildungskonzept, das mit der Izba in Gdansk entwickelt wurde, kann durchaus ein Modell für weitere Izbas entstehen, was einen zusätzlichen Multiplikatoreffekt ermöglichen würde. Der Bund leistet an die Kosten des BPI/VFU-Projekts einen Beitrag von 687'000 Franken.

1.1.13. Das Programm "Unternehmensführung" in Ungarn

Schon einige Jahre vor den Reformen in Osteuropa stand das Fach Marktwirtschaft auf den Lehrplänen etlicher ungarischer Universitäten und technischer Hochschulen. Ebenso unterhielten verschiedene andere Institutionen, allen voran die Banken, für ihre spezifischen Zwecke Ausbildungsprogramme. Dank dieses Unterrichts, der allerdings kaum je Aspekte des Managements enthielt, ist ein allgemeines theoretische Wissen, wenn auch nicht sehr weit verbreitet, so doch vorhanden. Ebenso positiv wirkt sich aus, dass eine beachtliche Anzahl junger Spezialisten von einer Ausbildung im Ausland profitieren konnte. Dennoch stellen sich auch in Ungarn zahlreiche Probleme, die möglichst rasch bewältigt werden müssen. Die gegenwärtige Situation ist, wie überall in Osteuropa, u.a. durch das Aufbrechen der wirtschaftlichen Strukturen geprägt, was in weiten Bevölkerungskreisen Verunsicherung hervorruft. Spezialisten, höhere und mittlere Kader von Unternehmen müssen sich möglichst rasch an die gewandelte Ausgangslage anpassen, bisher unbekannte Verwaltungsinstrumente handhaben lernen und ihre bescheidenen Management-Fähigkeiten verbessern. Um diese Zielsetzung zu unterstützen, beteiligte sich der Bund in Ungarn finanziell am Projekt der Universität Neuenburg, dessen erste Phase Ende Februar 1991 bereits abgeschlossen werden konnte. Eventuell könnte die Stiftung "Transfer", je nach Erfolg ihres Projekts in der CSFR, zu einem späteren Zeitpunkt ebenfalls in Ungarn tätig werden.

1.1.13.1. Das Projekt der Universität Neuenburg

Im Mai 1990 erteilte die DIO der Universität Neuenburg ein Mandat zur Erarbeitung eines Ausbildungsprogramms zugunsten ungarischer Kader in kleinen und mittleren Unternehmen. Eine Aktion im Rahmen dieses Programms, bei der auch die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Budapest mitgewirkt hat, ist Ende Februar 1991 abgeschlossen worden.

Sieben junge ungarische Universitätsabsolvent/-Innen wurden in Neuenburg zu einem viermonatigen intensiven Ausbildungsprogramm auf dem Gebiet des Unternehmertums empfangen. Gegenstand des Kurses waren Fragen der Unternehmensgründung, der Entwicklung junger Unternehmen und der Konzeptionierung von Ausbildungs- und Beratungsprogrammen.

Diese erste Aktion aus dem Projekt der Universität Neuenburg setzte sich zum Ziel, die sieben eingeladenen AbsolventInnen zu AusbilderInnen auszubilden (train the trainers), um auf diese Weise, via deren Vermittlerrolle, weitergefasste Teile der ungarischen Wirtschaft profitieren zu lassen.

Nach Absolvierung des Lehrgangs wird die Aufgabe der sieben TeilnehmerInnen darin bestehen, bei der Realisierung von dezentralen Ausbildungsstätten mitzuwirken und spezielle Kurse für UngarInnen, die einen kleinen Handwerksbetrieb gründen wollen oder sich bei der Entwicklung kleiner oder mittlerer Unternehmungen beteiligen möchten, zu leiten.

Mit der Federführung für die Organisation solcher Kurse sind als Partner der Universität Neuenburg und der DIO die Universitäten von Budapest und Pecs bestimmt worden.

Die Aufwendungen des Bundes für das Projekt der Universität Neuenburg werden sich bis Mitte 1992 auf 700'000 Franken belaufen.

1.1.21./22./23. Das Programm "Bankenwesen" in der CSFR, Polen und Ungarn

Die Reformen in den Staaten Ost- und Mitteleuropas bringen für die betroffenen Länder eine Fülle wirtschaftlicher Probleme mit sich. Ein wichtiger Angelpunkt in diesem Spannungsfeld stellt zweifellos auch das Bankenwesen dar.

Der Uebergang von einem plan- zu einem marktwirtschaftlichen System ist nur dann vollziehbar, wenn es gelingt, gleichzeitig auch ein privatwirtschaftlich ausgerichtetes Bankensystem heranzubilden.

Seitens des Bundes hat man die Schweizerische Bankiervereinigung gebeten, die Erarbeitung und die Koordination entsprechender Ausbildungs- und Kooperationsprogramme an die Hand zu nehmen.

Mittlerweile hat es sich nun als Notwendigkeit erwiesen, nach weiteren Kooperationspartnern Ausschau zu halten. Gerade in Ungarn und Polen wurden spezifische Bedürfnisse geäussert, die voraussichtlich am besten durch eine Landessparkasse gelöst werden könnten. Angesichts dieser neuen Ausgangslage ist die DIO kürzlich auch mit der Raiffeisen-Sparkasse in Kontakt getreten.

1.1.21.1. Das Projekt der Bankiervereinigung in der CSFR

Bis Ende 1989 gab es in der Tschechoslowakei lediglich die Staatsbank. Seit Anfang 1990 haben nun zahlreiche neue Banken ihre Tätigkeit aufgenommen. Diese Institute entstanden entweder durch Neugründung oder durch Ablösung von der Staatsbank.

Alle neuen Banken streben Tätigkeiten in den verschiedenen Geschäftssparten wie Kommerz, Finanz und Anlage an. Dazu fehlt es ihnen aber weitgehend an den notwendigen Kenntnissen. Auch im Wissen um die Rahmenbedingungen einer funktionierenden freien Bankwirtschaft bestehen beträchtliche Lücken.

Die Schweizerische Bankiervereinigung hat im März 1991 in Zusammenarbeit mit der 1990 gegründeten "Prague Banking Education Group" einen ersten sechstägigen, von Schweizer Dozenten geleiteten, Pilotkurs "Banking in Prag" durchgeführt. Es gelang, 27 Personen aus dem mittleren Bankkader die politisch-ökonomischen Bedingungen, welche die Funktionsweise des privaten Bankenwesens beeinflussen, näherzubringen. Konkret umfasste das Kursprogramm folgende Punkte: volkswirtschaftliche Grundbegriffe, die Schweizer Banken: Struktur und Rahmenbedingungen, Commercial, Investment und Trust Banking, Zahlungsverkehr und Electronic Banking sowie General Bank Management.

Bereits heute steht fest, dass der Kurs dank den gut qualifizierten KursteilnehmerInnen und den engagierten Dozenten erfolgreich durchgeführt werden konnte. Rund ein Drittel der AbsolventInnen erwiesen sich als ausserordentlich aktiv und verfügten bereits über einen beachtlichen "background". Für diese muss nach zusätzlichen Wegen der Förderung Ausschau gehalten werden.

Der erste Kurs wird sowohl zusätzlichen Aufschluss über neue Ausbildungsbedürfnisse als auch Erfahrungen und Grundlagen für weitere Kurse in Ost- und Mitteleuropa geben.

Der Bund hat die Durchführung des Pilotkurses in Prag mit einem Kredit von 148'000 Franken finanziert.

1.1.31./32./33. Das Programm "Tourismus und Hotellerie" in der CSFR, Polen und Ungarn

Da der Dienstleistungszweig "Tourismus" für die wirtschaftliche Entwicklung der CSFR, Polens und Ungarns eine wichtige Rolle spielen kann, ist im Sektor Wirtschaft nachträglich ein Programm "Tourismus und Hotellerie" geschaffen worden.

Das Institut für Fremdenverkehr und Verkehrswirtschaft (IFV) der Hochschule St. Gallen hat zusammen mit einem kleinen Expertengremium folgende Zielsetzung für ein Gesamtkonzept festgelegt: Hilfeleistung zum Auf- und Ausbau lokaler, regionaler und nationaler Touristikorganisationen, entsprechende theoretische und praktische Ausbildung sowie Aus- und Weiterbildung für Unternehmer oder Unternehmensgründer in der Tourismusbranche.

Nachdem der Zustand der bereits bestehenden Touristikorganisationen in allen drei Ländern ermittelt worden ist, stehen die konkreten Projekte für jedes Land, gestützt auf diese Erkenntnisse, fest.

Für die Erarbeitung des umfassenden Konzeptes für alle drei Länder hat der Bund einen Kredit von 175'000 Franken zur Verfügung gestellt.

Innerhalb der tschechoslowakischen Volkswirtschaft belegt der Tourismus einen verhältnismässig geringen Stellenwert, der allerdings in letzter Zeit relativ und absolut rasch wächst. 1988 beliefen sich die Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr (ohne Transportleistungen) auf 436 Mio. US-\$.

Gut 80% des Tourismus konzentriert sich auf Prag. Landesweit stehen ca. 200'000 Gästebetten, davon rund die Hälfte in Hotels, zur Verfügung.

Ebenso war bisher der internationale Tourismus für Polen volkswirtschaftlich eher von geringer Bedeutung. 1988 beliefen sich die Deviseneinnahmen aus dem Tourismusgeschäft auf 275 Mio. US-\$. In den vielfältigen touristischen Attraktionen (Warschau, Krakau, Danzig, Masurische Seen, Riesengebirge etc.) liegt noch einiges Potential brach, was die Hoffnung auf eine vielversprechende touristische Entwicklung des Landes berechtigt.

Der Fremdenverkehr ist derjenige Teil der ungarischen Aussenwirtschaft, der in den vergangenen Jahren durchwegs einen Einnahmezunahmezeichnen konnte. Die Deviseneinnahmen aus dem ausländischen Fremdenverkehr beliefen sich 1990 auf 824 Mio. US-\$. Der Anteil der Deviseneinnahmen aus dem Tourismusgeschäft (11,4%) an den

gesamten Exporteinnahmen von rund 7000 Mio. Franken verdeutlicht, welche wichtige Rolle der Tourismus für Ungarn spielen kann.

1.1.31.1. Das Projekt "Tourismus" des IFV für die CSFR

Einer zügigen Entwicklung des Tourismus in der CSFR stehen u.a. strukturelle Hindernisse im Wege. Unterhalb der Republikstufe sind z.B. keine flächendeckenden Touristikorganisationen vorhanden, und für die so wichtige Fremdenverkehrswerbung im Ausland gibt es auch oberhalb dieser Stufe keine zuständige Stelle. Auf Staatsebene kümmert sich das Wirtschaftsministerium, in den beiden Teilrepubliken die Ministerien für Handel und Fremdenverkehr um die Belange des Tourismus. Gerade für die privaten kleinen und mittleren Touristikunternehmen, die auf solche territoriale Organisationen geradezu angewiesen wären, wirkt sich dieser Mangel besonders verhängnisvoll aus.

Abgesehen von diesen strukturellen Problemen, fehlt es auch allenthalben an marktwirtschaftlichem know how, v.a. in den Bereichen Management, Marketing und Rechnungswesen.

Angesichts der schweren ökologischen Belastungen im Westen und grosser struktureller Probleme der Industrie im Osten des Landes (vorwiegend Rüstungsindustrie), benötigt die Volkswirtschaft der CSFR dringend einen grösseren input aus der sog. "Weissen Industrie", der Tourismusbranche. Das Institut für Fremdenverkehr und Verkehrswirtschaft (IFV) der Hochschule St. Gallen setzt sich deshalb gemeinsam mit seinen aus der Schweizer Tourismusbranche stammenden Kooperationspartnern zum Ziel, den Tourismus in der CSFR unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu fördern und damit einen Beitrag zur Gesundung der tschechoslowakischen Volkswirtschaft zu leisten.

Auf Landesebene ist ein "TOP-Intensivkurs" in den Sparten "Hotel, Reisebüro und Tourismus" geplant. In Zusammenarbeit mit der österreichischen bzw. schweizerischen Botschaft in Prag werden Sprach- und Fachkurse in der CSFR und an österreichischen resp. schweizerischen Hotel- und Tourismusfachschulen angeboten. Der Zyklus wird mit Betriebspraktika in den beiden betreuenden Ländern abgeschlossen.

Für Spitzenkräfte der tschechischen und slowakischen Ministerien für Handel und Fremdenverkehr besteht die Gelegenheit, an Ausbildungsveranstaltungen der Schweizerischen Verkehrszentrale (SVZ) für deren Leitungsnachwuchs teilzunehmen.

Das Programm für die tschechische Republik setzt sich folgendermassen zusammen: Ein Schweizer Tourismusverband beteiligt sich an der Ausstellung der Regionen der tschechischen Republik in Prag mit einem Informationsstand.

Ein erfahrener Leiter einer schweizerischen Hotelfachschule berät tschechische Hotelfachschulen bei der Ausarbeitung neuer Lehrpläne. Für Lehrer der tschechischen Hotelfach- und Lehrlingsschulen werden zwei Seminare zu Themen wie allgemeine Entwicklung des Tourismus, Management, Marketing und Rechnungswesen mit anschliessendem Studienaufenthalt in der Schweiz angeboten, und schliesslich ist im Rahmen der marktwirtschaftlichen Kadenschulung der Transfer-Stiftung ein Aufbaukurs "Tourismus" vorgesehen.

In der slowakischen Republik besteht ein Angebot von vier Seminaren für kleine bzw. mittlere Tourismusunternehmer und Lehrer der Hotel- und Tourismusfachschulen zu Themen wie Soziale Marktwirt-

schaft, Management und Marketing. Den besten KursabsolventInnen wird anschliessend ein Aufenthalt in der Schweiz angeboten. Die Kosten des Tourismusprogramms für die CSFR belaufen sich für die Jahre 1991/92 auf 748'000 Franken.

1.1.32.1 Das Projekt "Tourismus" des IFV in Polen

Der Privatisierungsprozess in Polen hat bereits auf die Tourismusbranche übergreifen. Erste Ansatzpunkte für eine erfolgreiche touristische Entwicklung des Landes wurden mit dem Gesetz über die territoriale Selbstverwaltung, das den Gemeinden u.a. neue Möglichkeiten im Bereich des Tourismus eröffnet, und der Gründung des neuen Staatsamtes für Tourismus und Körperkultur gesetzt.

Angesichts der grossen wirtschaftlichen Probleme ist es ratsam, den Incoming-Tourismus gezielt zu fördern. Defizite bestehen auf verschiedenen Ebenen: das marktwirtschaftliche know how (v.a. Management, Marketing und Rechnungswesen) ist mangelhaft. Ebenso fehlen territoriale Tourismusorganisationen von der Gemeinde- bis zur Staatsebene.

Das Institut für Fremdenverkehr und Verkehrswirtschaft (IFV) der Hochschule St. Gallen beabsichtigt zusammen mit seinen aus der Schweizer Tourismusbranche stammenden Kooperationspartnern, den Tourismus in Polen unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu fördern und damit einen Beitrag zur Gesundung der polnischen Nationalökonomie zu leisten.

Das Tourismusprogramm für Polen beinhaltet folgende Aktionen: Für die MitarbeiterInnen des neuen Staatsamtes für Tourismus und Körperkultur wird ein Spezialseminar über den Tourismus in Oesterreich und der Schweiz angeboten. Die Struktur der Arbeitsweise der Fremdenverkehrsorganisationen, die Berufsausbildung oder aktuelle Tourismuspolitik stehen neben etlichen anderen Themen auf dem Programm. Zwei Spitzenkräfte dieses neuen Staatsamtes erhalten überdies Gelegenheit, an Ausbildungsveranstaltungen der Schweizerischen Verkehrszentrale (SVZ) für deren Leitungsnachwuchs teilzunehmen.

Anhand des erfolgreichen Beispiels der Schweiz sind drei Seminare geplant, welche die Tourismus-Verantwortlichen verschiedener Städte, der Masuren, der Tatra und der vier Wojwodschaften entlang der deutsch-polnischen Grenze im Rahmen des neuen Gesetzes über die territoriale Selbstverwaltung in ihre neuen Aufgaben einführen sollen. Speziell für die oben genannten Wojwodschaften wird zudem mit Unterstützung des IFV ein touristisches Entwicklungskonzept erarbeitet.

Deutsch sprechende AbsolventInnen von Touristikfachschulen werden in Zusammenarbeit mit der schweizerischen Botschaft bzw. dem österreichischen Kulturinstitut in Warschau in einem Intensivkurs "Hotel, Reisebüro und Tourismus" in Warschau oder an schweizerischen bzw. österreichischen Touristikfachschulen geschult. Im Anschluss daran stehen verschiedene Betriebspraktika in der Schweiz oder in Oesterreich auf dem Programm.

Für Erwerber von Zweigstellen des staatlichen Tourismuskonzerns "ORBIS" (kleine und mittlere Reisebüros), der sich im Privatisierungsprozess befindet, sind praxisbezogene Kurse in Management, Marketing und Rechnungswesen vorgesehen.

Der Bund finanziert das Programm "Tourismus" in Polen mit einem Betrag von 646'000 Franken.

1.1.32.3. Das Projekt "Tourismus" des IFV für Ungarn

Ein erster Privatisierungsschritt in der ungarischen Tourismusbranche ist bereits vollzogen. Neben dem Reisebüro IBUSZ wird derzeit die Umwandlung der Hungarhotels, Danubius und Pannonia in Aktiengesellschaften in die Wege geleitet. Im Laufe des Jahres 1991 werden rund 8000 mittlere und kleine Betriebe des Handels und der Gastronomie zum Verkauf an ungarische Interessenten ausgeschrieben werden.

Ungarn verfügt bereits über eine klar definierte und realistische Fremdenverkehrspolitik, deren Grundziel mit der Entwicklung des Qualitätstourismus umschrieben wird. Priorität kommt u.a. dem Thermal- und Kulturtourismus sowie aus regionalpolitischen Gründen der Wiederbelebung des Dorftourismus zu. Die Durchführung dieser Politik obliegt in erster Linie dem Staatsamt für Tourismus, das dem Ministerium für Industrie und Handel eingegliedert ist und gleichzeitig auch die Auslandwerbung zu besorgen hat.

Woran es, wie anderswo in Osteuropa, auch der ungarischen Tourismusbranche mangelt, ist der organisatorische Unterbau in den Ortschaften und den Regionen. Mit der Zunahme kleiner und mittlerer privater Touristikbetriebe wird sich das Fehlen einer territorialen Tourismusorganisation zunehmend negativ auf die Entwicklung des ungarischen Tourismus auswirken. Gerade diese neuen privaten Unternehmungen wären dringend sowohl auf lokale wie regionale Verbände und deren Marketingaktivitäten angewiesen.

Ebenfalls kein Novum stellt das unzureichende marktwirtschaftliche know how, besonders in den Bereichen "Management, Marketing und Rechnungswesen" dar.

Das Institut für Fremdenverkehr und Verkehrswirtschaft (IFV) der Hochschule St. Gallen beabsichtigt gemeinsam mit seinen aus der Schweizer Tourismusbranche stammenden Kooperationspartnern, den Tourismus in Ungarn unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu fördern.

Das Tourismusprogramm für Ungarn beinhaltet folgende Aktionen: Unterstützung der ungarischen Regierung bei der Entwicklung des Fremdenverkehrsgesetzes. Hilfeleistung beim Aufbau der Territorialorganisationen in den wichtigsten Fremdenverkehrsgebieten, wie z.B. Budapest oder Balaton (Plattensee). Schaffung einer kurörtlichen Organisation sowie Weiterausbau der Thermalkurbäder in Westtransdanubien. 20 Seminare für Unternehmer und Gründer kleiner und mittlerer Unternehmen in der Tourismusbranche zu den Themen Marketing, Management und Rechnungswesen. Acht Weiterbildungsseminare für Lehrkräfte der Hotel- und Touristikfachschulen zu denselben Themen sowie zusätzlich zu Fragen der Unterrichtsorganisation bzw. Technik. Anschliessend folgt ein Aufenthalt in der Schweiz verbunden mit der Teilnahme am Unterricht einer schweizerischen Hotel- bzw. Touristikfachschule. Zwei Fachsprache-Intensivkurse in deutsch für ausgewählte Lehrer der Hochschule für Handel und Fremdenverkehr sowie des KITV-Unternehmens für Weiterbildung im Handel und Fremdenverkehr, um deren Verständnis der deutschsprachigen Fachliteratur zu verbessern. Ergänzung und Aktualisierung der Bibliotheken der beiden obengenannten Institute. Angebot zweier Studienplätze am Ausbildungszentrum der Schweizerischen Verkehrszentrale (SVZ) für zwei Spitzenkräfte aus dem Staatsamt für Tourismus bzw. des IPV-Werbeunternehmens.

Der Bund finanziert das Projekt Tourismus in Ungarn mit einem Betrag von 1'380'000 Franken.

1.2. Der öffentliche Sektor

Der öffentliche Sektor unterteilt sich in Programme für die kommunalen Verwaltungen, die Lehrer/-Innenfortbildung und die Reform des Schul-bzw. des Berufsausbildungssystems.

Programme zur Verbesserung der Funktionsweise der kommunalen Verwaltungen und zur Stärkung der Gemeindeautonomie sind für alle drei Länder vorgesehen.

Die Aktionen für die Lehrer/-Innen-Fortbildung und die Unterstützung der Schulreformen befinden sich schon in einem fortgeschrittenen Stadium. Einzelne Aktionen wurden bereits durchgeführt und sowohl in Polen wie in Ungarn stehen die Hauptprojekte unmittelbar vor der Realisierungsphase. Einzig für die CSFR besteht in diesem Programm noch kein konkretes Vorhaben.

Was das Berufsbildungssystem betrifft, ist nur für Ungarn ein entsprechendes Projekt geplant. Im Laufe des Jahres 1991 werden erste Aktionen anlaufen.

1.2.11./12./13. Das Programm "kommunale Verwaltung" in der CSFR, Polen und Ungarn

Neben der Verwaltung privater Unternehmungen berührt der Reformprozess in Osteuropa auch die Strukturen und die Funktionen der öffentlichen Verwaltungen.

Zur Zeit der kommunistischen Regimes konnte etwa von Gemeindedemokratie noch keine Rede sein. Die einzelnen Gemeinden besaßen nur wenig Kompetenzen. Wichtige kommunale Grundbedürfnisse fielen in den Zuständigkeitsbereich des Zentralstaates, des Komitats, der Partei oder der Betriebe. Erst seit dem Erlass der Gemeindegesetze im Jahr 1990 ist ein Aufbau der Gemeindeautonomie in demokratischem Rahmen möglich geworden.

Ein grosses Problem stellen heute noch die Funktionäre des "ancien régime" dar, die weiterhin im öffentlichen Dienst arbeiten. Vielerorts scheinen wenig klare Vorstellungen darüber zu bestehen, ob überhaupt, und wenn ja, wie diese noch eingesetzt werden sollten. Ganz zu schweigen von der grossen Anzahl Personen in verantwortungsvollen Positionen, die in der öffentlichen Verwaltung kaum Erfahrung mitbringen.

Für die CSFR, Polen und Ungarn sind im Programm der kommunalen Verwaltungen Aktionen des Schweizerischen Städteverbandes vorgesehen. Für Polen engagiert sich in diesem Bereich zusätzlich das ID-HEAP, und speziell für die CSFR hat die Vontobel EC Consulting AG ein Projekt, allerdings auf Ministerialebene, geplant.

I.2.11.1./12.1./13.1. Die Projekte des Schweizerischen Städteverbandes

Die DIO hat dem Schweizerischen Städteverband ein Mandat zur Erarbeitung eines Projekts "Ausbildung, Impulsgebung und Vermittlung von know-how zwecks Ausgestaltung der Autonomie in den kommunalen Verwaltungen der CSFR, Polens und Ungarns" erteilt.

Nachdem die Gemeindeautonomie in den Staaten Osteuropas vor über vierzig Jahren zerstört worden ist, können sich Städte und Gemeinden dieser drei Staaten seit dem Erlass der neuen Gemeindegesetze im Jahr 1990 erstmals wieder selbst verwalten. Für die kommunalen

Behörden bedeutet dieser Umstand eine Fülle neuer Zuständigkeiten. Die Erfüllung z.T. elementarer Aufgaben, wie die Trinkwasserversorgung, das Gesundheitswesen, die Grundschulen, der lokale öffentliche Verkehr, aber auch Fragen des Umweltschutzes und der Entsorgung gehören dazu. Diese Aufgaben werden an die neu gewählten Politiker und Beamten der kommunalen Stufe auch angesichts der angespannten Finanzlage hohe Anforderungen stellen.

Dieser Zielgruppe will der Schweizerische Städteverband Hilfe leisten. Es wäre allerdings vermessen, das schweizerische Modell der Gemeindeautonomie direkt auf die Staaten Osteuropas übertragen zu wollen. Was unser Modell aber liefern kann, sind Denkanstösse, die zur Problemlösung in anderen Ländern beitragen können. Von diesem Ansatz will die Firma mundi-Unternehmensberatung, die vom Städteverband mit der Projektleitung betraut worden ist, bei der Durchführung ihrer fünf einwöchigen Informationswochen in Schweizer Städten ausgehen. Jeweils ca. 20 Teilnehmende aus Exekutive und Verwaltung der drei Zielländer werden an diesen Kursen teilnehmen. Während den Jahren 1991/92 sind anschliessend ca. sechzig, bis zu drei Monaten dauernde, Praktika in geeigneten Bereichen schweizerischer Stadtverwaltungen für osteuropäische Exekutivmitglieder, Beamte und Nachwuchskräfte von kommunalen Verwaltungen vorgesehen. Zu einem späteren Zeitpunkt möchte man den Ausbildungsstandort in die osteuropäischen Länder verlegen. Dabei könnten Funktionäre und pensionierte Exekutiv-Mitglieder des schweizerischen Städteverbandes Beraterfunktion übernehmen.

Der Bund hat zur Finanzierung des Projekts einen Betrag von 900'000 Franken bewilligt.

1.2.11.2. Das Projekt "Strategische Verwaltungsführung"

Die DIO hat der Vontobel EC Consulting AG ein Mandat zur Erarbeitung eines Projekts "Strategische Verwaltungsführung" erteilt. Gerade in der CSFR tritt offen zu Tage, dass der Reformprozess allein mit dem Erlass neuer Gesetze nicht vorankommt.

Die Ministerien, die z.T. im Laufe der letzten beiden Jahre erst neu gebildet worden sind, tun sich beim Vollzug der von den Regierungen der Föderation und der beiden Republiken erlassenen Gesetze schwer. Sie sind bei der Führung, der Aufbau- und Ablauforganisationen (Entscheidungsprozesse, Prioritätensetzung, Verständnis der Privatisierungskriterien und Planung der täglichen Arbeit) meist überfordert. Trotz speditiver politischer Arbeit bleibt so der Reformprozess in der CSFR bereits in den Ministerien stecken.

Die Vontobel EC Consulting AG möchte nun den Mitarbeiter/-Innen an den Schaltstellen von ca. 15 Ministerialverwaltungen fachliches und praktisches Rüstzeug zur Lösung ihrer anspruchsvollen Aufgaben vermitteln, sie zu sofort- und mittelfristigen Massnahmeplänen anregen und ihnen bei der Vollzugsarbeit beratend zur Seite stehen. Durch die Ausbildung in strategischer Verwaltungsführung soll zielorientierte Aufgabenerfüllung gefördert werden. Es geht dabei grundsätzlich um die Steigerung des Leistungsvermögens der Verwaltung durch einen output-orientierten Ansatz. Anstösse zu neuen Denkweisen spielen in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle. Anstelle des bisherigen Systemvertrauens, muss nun individuelles Verantwortungsbewusstsein gefördert werden. Es geht folglich bei diesem Projekt nicht lediglich um eine blosser Wissensübertragung, sondern um die Neugestaltung staatlichen Handelns

schlechthin. Neben grundlegenden Auswirkungen auf die Zukunft der öffentlichen Verwaltung, können sich aus diesem Projekt auch positive Effekte für die Industrie, den Tourismus, den Umweltschutz oder das Gesundheits- und Sozialwesen ergeben.

Ende April 1991 hat in Prag ein erstes dreitägiges Seminar zum Thema "Strategische Verwaltungsführung" stattgefunden. Da der tschechoslowakischen Staatsverwaltung noch laufend neue Institutionen beigelegt werden, scheint es sinnvoll, solche Seminare in den folgenden Monaten noch zwei- bis dreimal zu wiederholen. In der zweiten Jahreshälfte werden dann sechs bis sieben ausgewählte Berater aus der Schweiz dafür zu sorgen haben, dass die während der Seminare festgelegte Strategie zunächst in je einem tschechischen bzw. slowakischen Verwaltungsbereich auch tatsächlich umgesetzt wird. Von dort aus möchte die EC Consulting AG zusammen mit ihrem tschechoslowakischen Partner, dem IMR-Institut für modernes Management, ihre Erfahrungen schliesslich in weitere Staats- und Kommunalinstitutionen tragen.

Der Bund leistet zur Finanzierung des Projekts einen Beitrag von 170'000 Franken.

1.2.12.2. Das Projekt des IDHEAP

Das Institut de Hautes Etudes en Administration Public (IDHEAP) in Lausanne hat im Auftrag der DIO ein Programm für die Zusammenarbeit mit Polen im Bereich der öffentlichen Verwaltung erarbeitet.

Grundsätzlich geht es bei diesem Projekt darum, die lokale Demokratie in Polen durch Ausbildungsmassnahmen für AusbilderInnen der in 14 Regionen neu geschaffenen Ausbildungszentren für lokale Verwaltung zu fördern.

Das IDHEAP teilt sein Projekt in drei Komponenten, die miteinander in Beziehung stehen, was synergetische Effekte ermöglicht.

Im Rahmen der ersten Komponente werden während der Jahre 1991/92 jeweils zwei bis drei junge polnische FunktionärInnen Gelegenheit zu einem Nachdiplomstudium in öffentlicher Verwaltung am IDHEAP in Lausanne erhalten. Der/die eine oder andere unter ihnen wird anschliessend als Lehrkraft an verschiedenen regionalen Ausbildungszentren eingesetzt werden können.

Die zweite Komponente beinhaltet einen dreiwöchigen Kurs "Forum des pouvoirs locaux Suisse-France-Pologne", der jährlich einmal in der Schweiz stattfinden wird und sich wiederum an die Lehrkräfte der oben erwähnten Ausbildungszentren wendet. Diese Kurse werden von einem vergleichenden Ansatz ausgehen und ebenfalls Besuche in schweizerischen Gemeindeverwaltungen einbeziehen.

Die dritte Komponente schliesslich besteht aus einem bilateralen Abkommen zwischen dem IDHEAP und dem regionalen Ausbildungszentrum von Kielce. Mit dieser Zusammenarbeit sollen spezielle Lehrprogramme und didaktisches Material entwickelt werden. Demnach wird den Lehrkräften des Ausbildungszentrums von Kielce bevorzugten Zutritt zu den Kursen der ersten beiden Komponenten gewährt.

Der Bund finanziert das Projekt mit einem Betrag von 700'000 Franken.

1.2.22./23. Das Programm "Lehrerfortbildung und Schulreform" in Polen und Ungarn

Ausbildung, Weiterbildung und Forschung gehören zu den Grundpfeilern jeder zukunftsbewussten Gesellschaft.

Was die Oeffnung der ost- und mitteleuropäischen Länder gegen Westen im speziellen betrifft, ist ebenso die demokratische Bewusstseinsbildung einer breiten Basis unabdingbar.

Gerade Reformen im Schulsystem der Zielländer sind geeignet, diese notwendigen Prozesse zu beschleunigen und in die gewünschte Richtung zu lenken.

Bei den Lehrer/-Innen-Weiterbildungskursen, welche die Schweiz in Polen und Ungarn anbieten wird, soll bewusst auf eine Atmosphäre, die aktive und demokratische Beteiligung anregt, geachtet werden, um den Teilnehmenden u.a. konkrete Anhaltspunkte für Reformmöglichkeiten zu vermitteln.

In dieser Hinsicht konnten während der beiden Pilotkurse "deutsch und französisch als Fremdsprachen", die im Laufe des letzten Jahres zugunsten ungarischer Lehrkräfte in der Schweiz durchgeführt wurden, bereits erste positive Erfahrungen gesammelt werden. Gelingt es doch nicht nur, einen Beitrag zur professionellen Weiterbildung der Teilnehmenden zu leisten, sondern auch eine Diskussion über die Schulfrage im allgemeinen in Gang zu setzen, die erfreulicherweise auch nach dem Ende der Kurse nicht wieder abbrach.

1.2.22.1. Das Projekt der wbz für Polen

Polen, das sich aktiv um eine rasche Oeffnung nach Westen bemüht, möchte die Fremdsprachenausbildung in deutsch und französisch ausbauen.

Die reichen Erfahrungen, über die die Schweiz im Deutsch- und Französischunterricht für Fremdsprachige verfügt, können Polen in dieser Hinsicht sehr dienlich sein.

Abgesehen davon ist seitens der polnischen Verantwortlichen der Wunsch nach Anregungen für eine Reform des Schulsystems von der Basis her geäußert worden.

Mit der Zentralstelle für die Weiterbildung der Mittelschullehrer (wbz) aus Luzern gelang es der DIO eine Organisation zu gewinnen, die sowohl im pädagogischen Bereich wie in Fragen des Schulsystems auf ein aussergewöhnliches know-how zurückgreifen kann.

Das Konzept der wbz erlaubt es, die pädagogischen bzw. reformerischen Zielsetzungen des Projekts zu verbinden: durch eine Lehrmethode, die auf partizipative und demokratische Elemente Wert legt, wird den Teilnehmenden, neben der effizienten Stoffvermittlung, die Möglichkeit zu eigenen Beiträgen an die Schulreformen eröffnet.

Das Projekt setzt sich aus verschiedenen Bestandteilen zusammen: ab 1992 werden in deutsch zunächst zwei Basiskurse und ein Folgekurs in der Schweiz auf dem Programm stehen. Ab 1993 werden die Multiplikatorenkurse (train the trainers) beginnen. Das Französischprogramm wird aus Budgetgründen ebenso erst zu diesem Zeitpunkt aufgenommen werden können.

Weiter geplant ist die Schaffung eines Begegnungszentrums, das Kontakten, der Weiterbildung von Lehrkräften und der Betreuung von Arbeitsgruppen dienen wird.

Im Rahmen eines kulturellen Austausches sollen ferner auch Lehrer/-Innen- bzw. Student/-Innen-Austausche, die Teilnahme an Kongressen und Veranstaltungen der wbz, Stages für polnische Lehrkräfte in der Schweiz, und Partnerschaften zwischen polnischen und schweizerischen Schulen ins Auge gefasst werden.

Von Bedeutung für das Projekt ist schliesslich die Aktivierung resp. die Koordination der Teilnahme der Kantone, Pro Helvetias und anderer interessierter Kreise.

Für die Finanzierung des Lehrer/-Innenweiterbildungs-Projekts in Polen hat der Bund einen Kredit von 975'000 Franken zugesichert.

1.2.23.1. Das Projekt der wbz in Ungarn

Für Ungarn, das seit dem 6. November 1990 dem Europarat angehört, kommt der Festigung der demokratischen Strukturen besondere Bedeutung zu. Intensivierte Grundausbildung, Weiterbildung und Forschung können wesentlich zur Förderung dieses Prozesses beitragen. In Ungarn, wie überall in Mittel- und Osteuropa, können Reformen im Schul- und Bildungsbereich einen Bewusstseinswandel und die Bereitschaft einer breiten Basis zur aktiven und demokratischen Partizipation begünstigen. Die Förderung dieser Prozesse ist das Hauptanliegen, das die Schweiz mit ihrem Angebot von Weiterbildungskursen verfolgt.

Die wbz, die von der DIO mit der Durchführung des Projekts betraut wurde, verfolgt demnach mit ihrer Konzeption ein doppeltes Ziel: Indirekte Förderung der ungarischen Schulreform durch die Vermittlung aktivierender und demokratischer Lehrmethoden sowie Verbesserung der fachlichen, pädagogischen und didaktischen Qualität der ungarischen Lehrkräfte.

Das Weiterbildungsprogramm in Ungarn beinhaltet folgende Punkte: Einführungskurse in französisch, Grundkurse in deutsch bzw. französisch und Kurse für Fortgeschrittene in deutsch.

Neben eines speziellen Deutschsprachkurses zu Gunsten der Hotelfachschule "Karl Gundel" in Budapest ist zusätzlich ein Weiterbildungskurs "wirtschaftliche Grundbegriffe" geplant. Für sämtliche Kurse steht überdies entsprechendes Unterrichtsmaterial in der Entwicklungsphase.

Gleich wie in Polen, ist in Ungarn ebenfalls die Schaffung eines Begegnungszentrums sowie die Organisation des kulturellen Austauschs vorgesehen.

Zur Deckung der Kosten des Weiterbildungsprogramms in Ungarn steht seitens des Bundes ein Kredit von 1,52 Mio. Franken zur Verfügung.

1.2.33. Das Programm "Berufsausbildungszentrum" in Ungarn

Das ungarische Berufsbildungssystem verfügt grundsätzlich über gut überlegte und leistungsfähige Strukturen. Dennoch besteht eine leicht theorielastige Tendenz. Daher gilt es, das bisherige System durch Elemente, die ein modernes Berufsbildungsmodell auszeichnen, zu ergänzen.

Da der Osten des Landes wirtschaftlich weniger entwickelt ist und der Einfluss des Westkapitals eine weniger dominante Rolle spielt, als im Zentrum Budapest oder in Westungarn, bieten sich für das Vorhaben in dieser Region bessere Rahmenbedingungen an.

Als geeigneter Standort für die Einrichtung eines integrierten Berufsbildungszentrums hat sich die Industriestadt Miskolc erwiesen, die neben einer technischen Universität, einer technischen Hochschule und einer Fachmittelschule auch über ein entsprechendes industrielles Umfeld verfügt.

1.2.33.1. Das Projekt "Berufsausbildungszentrum" des BIGA

Das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) erhielt von der DIO den Auftrag, zugunsten Ungarns ein Projekt "integriertes Berufsausbildungszentrum" zu erarbeiten.

Nachdem eine BIGA-Delegation im Herbst 1990 erste Kontakte geknüpft und sich die allgemeine Situation im Bereich der Berufsausbildung vergegenwärtigt hat, steht das Projekt in groben Zügen fest.

Grundsätzlich soll die Aktion wegen der relativ spärlich zur Verfügung stehenden Mittel Pilotcharakter haben und auf drei Jahre beschränkt bleiben.

Zunächst ist vorgesehen, einzelne Elemente, die ein modernes Berufsausbildungssystem auszeichnen, in den bereits bestehenden Unterricht einzubauen.

Spezielles Augenmerk wird dabei v.a. dem Prinzip "train the trainers", der kaufmännischen Ausbildung, der Ausbildung in neuen Fertigungsmethoden der Metall- und Maschinenindustrie, der Vermittlung marktwirtschaftlicher Kenntnisse sowie der Sprachschulung geschenkt werden müssen.

Methodisch gilt es darauf zu achten, dass möglichst viele Erfahrungen aus der schweizerischen Unterrichtspraxis, einschliesslich Lehrmittel, auf ungarische Verhältnisse übertragen werden können.

Nicht zuletzt wird ein institutionalisierter know-how-Austausch zwischen schweizerischen und ungarischen Ausbildungsstätten von grossem Nutzen sein.

In einer ersten Phase 91/92 dürften mit diesem Projekt gut 600 ungarische SchülerInnen, StudentInnen und DozentInnen in Kontakt kommen. Das Ausbildungsprogramm soll aber nicht nur den in nächster Zeit unmittelbar Betroffenen zugute kommen, sondern durch künftige Weiterverwendung eine ausgeprägte Multiplikatorwirkung entfalten.

Mit dem geplanten Berufsausbildungszentrum in Miskolc ergeben sich, wie erwünscht, erste Querverbindungen zu anderen Projekten, die in Ungarn geplant sind: so besteht etwa die Möglichkeit, das Wissen, das sich die sieben UniversitätsabsolventInnen während der viermonatigen Intensivausbildung an der Universität Neuenburg angeeignet haben, später auch für dieses Berufsbildungszentrum nutzbar zu machen.

Ein gewisser Koordinationsbedarf besteht ferner für das Kooperationsprogramm mit der Hotelfachschule Karl Gundel in Budapest: neben der Weiterbildungszentrale der Mittelschullehrer (wbz), die dort Deutsch-Sprachkurse anbietet, engagiert sich ebenfalls das BIGA-Projekt für die Schule, allerdings mit einem fachspezifischen Angebot.

Für den dreijährigen Betrieb des Berufsbildungszentrums hat der Bund einen Kredit von 1,555 Mio. Franken zugesichert.

1.3. Der soziale Sektor

Im sozialen Sektor sind Projekte für die Ausbildung von Gewerkschaftskadern, die Schaffung regionaler Arbeitsvermittlungsstellen sowie die Privatisierung des Immobiliensektors zusammengefasst.

Ein Programm zugunsten der Gewerkschaften besteht nur für die CSFR. Ein entsprechender Kurs wurde im Frühjahr 1991 durchgeführt. Das Projekt Arbeitsvermittlungsstellen ist ausschliesslich auf polnische Verhältnisse zugeschnitten und befindet sich unmittelbar vor Abschluss der Planungsphase.

In Ungarn steht die Unterstützung des Privatisierungsprozesses im Immobiliensektor auf dem Programm. Die Abklärungen für dieses Projekt sind abgeschlossen.

1.3.11. Das Programm "Ausbildung von Gewerkschaftskadern" in der CSFR

Nach dem Zusammenbruch des planwirtschaftlichen Systems in der CSFR steht die gesamte tschechoslowakische Wirtschaft und Gesellschaft vor einem Neubeginn.

Dies gilt auch für die Gewerkschaften, deren Aktionsfeld nun dringend einer Neubestimmung bedarf.

Früher waren diese Organisationen staatsabhängig und hatten Aufgaben wahrzunehmen, die in einem marktwirtschaftlich orientierten System dem Staat zufallen. Dazu gehörte etwa auch die Zuständigkeit für das Sozialversicherungswesen.

Da die Gewerkschaften bisher kaum als Interessenvertreter der Lohnabhängigen auftreten konnten, fehlt ihnen heute bei der Umstellung zur Marktwirtschaft das know-how und die Erfahrung, um die Funktion als freie, unabhängige Arbeitnehmer-Vertreter wahrnehmen zu können.

Mit Schulungs- und Bildungsprojekten, die durch den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) lanciert wurden und vom schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) mitgetragen werden, sollen diese Lücken nun geschlossen werden.

1.3.11.1. Das Ausbildungsprojekt des SGB für Gewerkschaften

Als Partner für die Gewerkschaftsausbildung konnte die DIO den Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) gewinnen. In Zusammenarbeit mit dem tschechoslowakischen Gewerkschaftsbund KOS plante der SGB einen 14-tägigen Lehrgang für gewerkschaftliche Kader.

Mit der Realisierung des klaren und bedürfnisorientierten Schulungs- und Bildungskonzepts wird folgende allgemeine Zielsetzung angestrebt:

- Festigung des Demokratisierungsprozesses
- Stärkung der sozialen Marktwirtschaft
- Aufbau einer funktionierenden Sozialpartnerschaft

Im speziellen soll der Kurs Kenntnisse und Erfahrungen für die Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen, die Verhandlungen mit Unternehmern, die Betreuung der eigenen Mitglieder, die interne Kommunikation und den Meinungsbildungsprozess zur Stärkung der verbandsinternen Demokratie liefern.

Das Programm steuert weiter eine ausgeprägte Multiplikatorwirkung an. Durch gezielte Weitervermittlung des Wissens und der erworbenen Fähigkeiten an die Gewerkschaftsbasis und in die Betriebe können die Kursabsolvent/-Innen den Kreis der Begünstigten stark erweitern.

Auf dem Lehrplan des Kurses stehen folgende Schwerpunkte:

- Tarifverhandlungen
- Beschäftigungspolitik und Umschulung
- Arbeitsmarkt und Arbeitsmarkttheorie
- Gesetzgebung zu den Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen

Der Bund unterstützt das SGB-Projekt mit einem Beitrag von 70'000 Franken.

1.3.22. Das Programm "Arbeitsvermittlungsstellen" in Polen

Die Entwicklung des polnischen Wirtschaftssystems Richtung Marktwirtschaft bleibt nicht ohne tiefgreifenden Konsequenzen.

Ein radikales Rationalisierungsprogramm, das im Dezember 1989 in Kraft getreten war, provozierte die Schliessung schwacher und unrentabler Betriebe, eine allgemeine Preissteigerung, die Senkung des Lebensstandards und wachsende Arbeitslosigkeit.

Das Risiko negativer sozialer Auswirkungen, das diese Umstände mit sich bringen, muss als beträchtlich eingestuft werden. Hatte das Arbeitsangebot die Nachfrage im Dezember 1989 noch um 15'000 Einheiten übertroffen, zählte man drei Monate später bereits 216'000 Arbeitslose. Um diese Entwicklung nicht völlig ausser Kontrolle geraten zu lassen, hat die polnische Regierung zwei Massnahmen ergriffen: ein "Fond für die Arbeit" soll Leute in Weiterausbildung, Unternehmensgründer, vorzeitig Pensionierte oder weiterhin Arbeitslose finanziell unterstützen. Ebenso wurde die Neuausrichtung der bestehenden Arbeitsvermittlungs-Stellen beschlossen, die durch zusätzliche finanzielle und personelle Mittel den neuen Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt gerechter werden sollen.

Trotzdem hat sich die Situation bisher kaum entspannt: Nach wie vor entfällt in Polen auf 79'000 Arbeitskräfte lediglich eine Betreuungsperson und die Arbeitslosenquote bewegte sich Ende 1990 bereits gegen die Millionengrenze.

Aus diesen Gründen hat die polnische Regierung das Bureau Internationale Du Travail (BIT) in Genf für die Planung und Realisierung eines Programms zur Verbesserung und Förderung dieser Arbeitsvermittlungs-Stellen um Hilfe gebeten. Das BIT seinerseits hat um finanzielle Unterstützung des Bundes nachgesucht.

1.3.22.1. Das Projekt "Arbeitsvermittlungsstellen" des BIT

Die Direktion für Internationale Organisationen hat dem BIT ein Mandat zur Planung und Realisierung des Projekts "Auf- und Ausbau des polnischen Arbeitsvermittlungsdienstes" erteilt. Mit dem Arbeits- resp. dem Ministerium für Sozialpolitik konnten die Kooperationspartner in Polen bereits bestimmt werden.

Das Zielpublikum besteht aus dem Personal des Hilfsdienstes und der Arbeitsvermittlungsstellen.

Das Projekt setzt sich zum Ziel, die Fähigkeiten und Leistungen des Personals dieses Dienstleistungszweiges zu fördern, um die eskalierende Arbeitslosenrate wieder auf ein tragbares Mass zu reduzieren. Konkret begünstigt durch die Einrichtung von vier Modellzentren, inklusive deren zentrale Koordinationsstelle, werden die Städte Bydgoszcz, Danzig, Lodz, und Warschau. Die Schweiz kommt für deren komplette Büroinfrastruktur auf und trägt die Kosten für die Ausbildung von Ausbildnern, Kadern und Angestellten (insgesamt ca. 3725 Personen) sowie für die nötigen institutionellen Entwicklungsvorhaben.

Das Projekt wird durch einen internationalen Beirat begleitet, der sich aus Vertretern der polnischen Regierung, des BIT und des Bundes zusammensetzt. Die Funktion dieser Körperschaft wird darin bestehen, jährlich einmal Bericht über die Entwicklung des Projekts zu erstatten, um gegebenenfalls Korrekturen an Konzeption und Programm vorzunehmen.

Der Bund unterstützt das BIT-Projekt in Polen mit einem Beitrag von 2,7 Millionen Franken.

1.3.33. Das Programm "Privatisierung von Immobilien" in Ungarn

Die Privatisierung des Immobiliensektors in Ungarn ist ein ebenso wichtiger, wie heikler Bestandteil des Reformprozesses. Dem Risiko politischer und sozialer Spannungen muss bei diesem Vorhaben speziell Rechnung getragen werden. Ziel der Aktion ist es, den Privatisierungsprozess im Immobiliensektor unter Berücksichtigung der sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu beschleunigen. Die Probleme liegen auf verschiedenen Ebenen: besonders für die Anpassung des juristischen Rahmens, die Verbesserung der Kenntnisse über die Funktionsweise des Immobilienmarktes und für reibungslose Beziehungen zwischen Investoren, Banken, Verwaltern und Immobilienhändlern müssen angemessene Lösungen gefunden werden. Ebenso wird man sich um die Ansprüche der früheren Liegenschaftsbesitzer kümmern müssen.

1.3.33.1. Das Projekt des IREC

Die Direktion für Internationale Organisationen (DIO) hat dem Institut de Recherche sur l'Environnement Construit (IREC) der ETH Lausanne ein Mandat zur Erarbeitung eines Konzepts für die Privatisierung des Immobiliensektors erteilt.

Mit dem Institut für wirtschaftliche Organisation in Budapest (EGSZI) gelang es dem IREC, den lokalen Kooperationspartner zu bestimmen und in Absprache mit der Stadt Kaposvár einen detaillierten Arbeitsplan zu erstellen.

Eine gemischte Expertenkommission, in der u.a. das Bundesamt für Wohnungswesen vertreten ist, wird das Projekt in beratender Funktion begleiten. Am Fallbeispiel der Provinzstadt Kaposvár wird gegenwärtig die Methode zur Privatisierung des Immobiliensektors erarbeitet, die auch auf andere Städte anwendbar sein wird.

Heute ist ein erster kleiner Schritt hin zur Privatisierung bereits vollzogen. Die Liegenschaften, die früher allesamt dem Staat gehörten, sind in Gemeindebesitz überführt worden. Zunächst wird es nun darum gehen, diejenigen Gebäude, die in öffentlichem Besitz bleiben werden (Bahnhöfe, Schulhäuser, Sozialwohnungen etc.) aus-

zuscheiden und für die übrigen die Bedingungen der Privatisierung festzulegen.

Für das Projekt sind demnach drei Ebenen relevant: eine soziologische, eine juristische und einer technisch-ökonomische. Anhand von Untersuchungen über Wünsche und Möglichkeiten der Bewohner müssen Entscheidungsgrundlagen geschaffen werden. Wie hoch ist der Lebensstandard, wie stark der Wille zur Mobilität, wie hoch die Summen, die für das Wohnen ausgegeben werden müssen oder können, wie sieht die soziale Situation im allgemeinen aus: dies werden die Fragen sein, die es, was die soziologische Ebene betrifft, in erster Linie zu beantworten gilt.

Auf der juristischen Ebene werden v.a. die Bedingungen für das öffentliche Recht und die stadteigenen Liegenschaften zu verfeinern sein.

Auf der technisch-ökonomischen Ebene muss eine Basis von Voraussetzungen geschaffen werden, die eine korrekte Verwaltung des Immobiliensektors erlauben. Aufgrund der erarbeiteten Methoden und der bestimmten Voraussetzungen, kann der Immobilienverwaltung innerhalb der allgemeinen Stadtverwaltung ihr Platz zugewiesen werden.

Der Bund unterstützt das Projekt "Privatisierung des Immobiliensektors" mit einem Beitrag von 665'000 Franken.

1.4.11./12./13 Das Stipendienprogramm der ESKAS für die CSFR, Polen und Ungarn

Im Bereich "Ausbildung" ist ein Stipendienprogramm zugunsten osteuropäischer Studierender und junger Hochschulprofessor/-Innen geschaffen worden. In den Genuss von Eidg. Stipendien sollen v.a. Personen kommen, die sich aktiv in den strategisch wichtigen Sektoren am Reformprozess ihrer Länder beteiligen wollen und über entsprechende Qualifikationen verfügen.

Die Erteilung der Stipendien steht teils in direktem Zusammenhang mit laufenden Projekten in den betreffenden Ländern, teils erfolgt sie unabhängig davon.

Die DIO betraute die Eidg. Stipendienkommission für ausländische Studierende (ESKAS) in Fribourg mit einem Mandat zur Auswahl und Betreuung der Kandidat/-Innen. Nach der gemeinsamen Vorselektion durch die DIO und die jeweiligen schweizerischen Botschaften, obliegt die Beurteilung der wissenschaftlichen Qualifikation und die Bemessung der Stipendien ausschliesslich der ESKAS.

Diese Unterstützung gilt in erster Linie der CSFR, Polen und Ungarn. Im Rahmen dieses Programms können aber auch Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien und die Sowjetunion unterstützt werden.

Der Bund hat zur Finanzierung des Stipendienprogrammes bis zum 15. Juli 1993 einen Kredit von 3 Mio. Franken zur Verfügung gestellt.

2. Der Bereich "Kultur"

Die Schweiz unterhielt mit Osteuropa vor dessen Oeffnung gegen Westen kulturelle Beziehungen von unterschiedlicher Intensität und Qualität.

Etwa im Falle Ungarns bestanden traditionell gute Beziehungen, auch wenn sich der Direktkontakt zwischen Kunstschaaffenden beider Kulturmilieus unter dem alten Regime nicht immer einfach gestaltete.

Anders die Beziehungen zur CSFR: sie waren bescheidener. Wohl unterhielten die beiden Länder einen Austausch in den Sparten Ballet, Musik und Theater, der auf einem konkreten Abkommen beruhte, doch entsprach die Schweiz dem wiederholt geäußerten Wunsch des früheren tschechoslowakischen Regimes nach einer allgemeinen Formalisierung der kulturellen Beziehungen nicht.

Nach den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen in diesen Länder ergeben sich für die kulturelle Zusammenarbeit neue Möglichkeiten. Dabei besteht die einmalige Gelegenheit, sich gegenseitig besser kennen und verstehen zu lernen. Der kulturellen Zusammenarbeit mit den Ländern Osteuropas kommt aber auch abgesehen davon ganz besondere Bedeutung zu. Waren es doch in unzähligen Fällen Persönlichkeiten aus der Kulturwelt, die dem Reformprozess überhaupt erst auf die Sprünge halfen und heute nach wie vor eine treibende Kraft darstellen.

Die schweizerische Unterstützung versteht sich demnach als Beitrag zur Fortsetzung dieser erfreulichen Dynamik und zur Wiederbelebung des gesamteuropäischen Kulturraums.

Die kulturelle Zusammenarbeit wird in erster Linie, aber nicht ausschliesslich, mit denjenigen Ländern gepflegt, die im Reformprozess bereits fortgeschritten sind.

Konkret gilt es zunächst, die Direktkontakte und den Erfahrungsaustausch zwischen den verschiedenen Kulturmilieus zu fördern. Als ebenso wichtig erscheint aber auch die strukturelle Hilfe zur Erhaltung des kulturellen Erbes dieser Länder (Kulturgütererhaltung), die eventuell koordiniert mit entsprechenden Aktionen des Europarates und mit Unterstützung des Bundesamtes für Kultur (BAK) erfolgen wird.

2.11./12./13. Das Programm "Austausch/Begegnungen" für die CSFR, Polen und Ungarn

Die Direktion für internationale Organisationen (DIO) hat der Kulturstiftung "Pro Helvetia" ein Mandat zur Beurteilung und Auswahl von Kultur-Projekten klassischer und politischer Ausrichtung erteilt.

Die Auswahl der Projekte und kulturellen Veranstaltungen hat einerseits nach den Richtlinien der Stiftung "Pro Helvetia", andererseits nach dem Zweck der Botschaft des Bundesrates über die verstärkte Zusammenarbeit mit Osteuropa vom 29. März 1990 zu erfolgen.

Unterstützt werden in erster Linie kulturelle Aktionen, die den Erfahrungsaustausch oder den Direktkontakt zwischen den verschiedenen Kulturmilieus, namentlich zwischen schweizerischen und osteuropäischen Kulturschaaffenden, fördern. Daneben möchte man etwa durch Hilfeleistungen beim Vertrieb von schriftlichem Material oder bei der Einrichtung von Bibliotheken und kleinen Dokumenta-

tionszentren auch zur Verbesserung der kulturellen Infrastruktur beitragen.

Finanzielle Unterstützung erhielten bisher, um nur ein Beispiel zu nennen, die Berner Tanztage 1990. Unter dem Motto "go east" traten bei diesem Anlass viele osteuropäische Tanzkompagnien auf, oder verschiedene Schweizer Tanzkompagnien konnten am Prager Tanzfestival "Tranec 90" teilnehmen.

Seitens des Bundes ist zur Unterstützung kultureller Aktionen für die Jahre 1990, 91 und 92 ein Kredit von 3,9 Mio. Franken bereitgestellt worden.

2.21./22./23. Das Programm "Künstler-Ateliers" für die CSFR, Polen und Ungarn

Die Direktion für Internationale Organisationen (DIO) hat dem Verein "Artest", der Ende letzten Jahres neu gegründet wurde, ein Mandat zur Erarbeitung eines Programms für die Vermittlung von Künstler-Ateliers erteilt.

Der Verein, zu dessen Mitgliedern etliche im Kulturbereich tätige Stiftungen gehören, bezweckt die Förderung des Austauschs zwischen Kunstschaaffenden und Kulturvermittelnden aus Osteuropa und der Schweiz.

Von der Aktion profitieren werden vorwiegend, wenn auch nicht ausschliesslich, KünstlerInnen, deren Länder im Reformprozess bereits fortgeschritten sind.

Es ist u.a. Aufgabe des Vereins "Artest", in Zusammenarbeit mit den schweizerischen diplomatischen Vertretungen in den entsprechenden Ländern und dem Bundesamt für Kultur (BAK) geeignete KandidatInnen zu bestimmen, denen in der Schweiz ein Aufenthalt zur künstlerischen Weiterentwicklung und persönlichen Entfaltung angeboten werden kann.

Im Rahmen eines solchen Stipendiums wird den ausgewählten Kunstschaffenden für acht Monate ein Atelier mit Wohngelegenheit zur Verfügung gestellt. Ebenfalls gedeckt sind die Kosten des Arbeitsmaterials sowie die Aufwendungen für Organisation und Durchführung einer Ausstellung mit allen dazu notwendigen Publikationen jeweils am Ende des Aufenthalts.

Bis heute konnten geeignete Ateliers in den Kantonen Aargau, Basel-Stadt und Land, Genf, Graubünden, Tessin und Zürich gefunden werden.

Für die Realisierung des Projekts "Künstler-Ateliers" hat der Bund einen Kredit in der Höhe von 800'000 Franken zu Verfügung gestellt.

2.3. Das Programm "Kinofilm" des Bundesamtes für Kultur (BAK)

Im Programm "Kinofilm" lassen sich zwei Stossrichtungen unterscheiden: einerseits soll die Filmproduktion im Osten unterstützt werden, andererseits möchte man schweizerisches Filmschaffen einem breiten osteuropäischen Publikum vorstellen.

Angesichts der zur Verfügung stehenden Geldmittel scheint es sinnvoll, einige, bereits in konkreter Form vorliegende, Filmprojekte finanziell zu unterstützen. Die Sektion Film des Bundesamtes für Kultur (BAK), die für die Selektion der einzelnen Projekte zustän-

dig ist, legt überdies Wert darauf, dass die unterstützten Filme, wenn immer möglich, einen gewissen Bezug zur Schweiz aufweisen. Die Sowjetunion, die normalerweise im Rahmen des ersten Soforthilfekredites für Osteuropa nicht berücksichtigt wird, kann im Bereich "Kultur" auf schweizerische Unterstützung zählen. Eine solche Unterstützung ist besonders für das sowjetische Filmschaffen als wichtig einzustufen. Wohl hat die Filmproduktion in der UdSSR in den letzten Jahren markant zugenommen, doch bewegen sich die Filme sehr oft auf einem unbefriedigenden Niveau. Die sowjetische Filmindustrie steckt in einer ernsthaften Krise, so dass das Drehen von Filmen in letzter Zeit beinahe unmöglich geworden ist.

In der UdSSR sollen zwei verschiedene Filmsparten finanziell unterstützt werden: der Spielfilm "Die Russen" handelt von den Erfahrungen, die eine russische Touristengruppe in der Schweiz sammelte, und der Dokumentarfilm "Die sowjetischen Frauen" konfrontiert die Wirklichkeit der modernen sowjetischen Frau mit dem mythischen Frauenbild der stalinistischen Filme.

Anders präsentiert sich die Situation in Ungarn. Die alten staatlichen Filmstudios "Mafilm" haben als Ueberlebensstrategie das Engagement zugunsten westlicher Filme gewählt. Jüngstes berühmtes Beispiel ist der französische Film "Cyrano de Bergerac", der in diesen Studios gedreht wurde. Verständlicherweise leidet unter solchen Umständen das weniger lukrative einheimische Filmschaffen. Ungarische Filme können oft nur noch dank der Unterstützung des Koproduktionsfonds "Eurimages" des Europarates realisiert werden. Der Direktor der Mafilm-Studios hat dem BAK vorgeschlagen, den Spielfilm "Die Schule des Ueberlebens", der nach einem Roman des seit mehreren Jahren in der Schweiz lebenden Schriftstellers Miklos Domahidy gedreht werden soll, zu unterstützen.

Im Falle der CSFR steht die Unterstützung des Films "Der Ingenieur der menschlichen Seelen", geschrieben vom früheren "Prager Frühling" Aktivisten Jiri Menzel, zur Diskussion. Da aber für diesen Film bereits eine Koproduktion mit einem anderen Land in Assicht steht, wird noch abgeklärt, ob eine zusätzliche schweizerische Unterstützung überhaupt Sinn macht oder ob ein anderer Film ausgewählt werden soll.

Im Zusammenhang mit den 700-Jahre Feierlichkeiten der Schweiz, die sich ans Ausland richten, ist in diesem Sommer am Filmfestival von Moskau eine Retrospektive des schweizerischen Filmschaffens geplant. Im Herbst wird eine Retrospektive über Godard folgen.

Nachdem der Film "Reise der Hoffnung" von Xavier Koller in Hollywood mit dem Oscar für den besten ausländischen Film ausgezeichnet wurde, wäre es interessant, diesen Film im Sinne einer Promotionstournee in verschiedenen osteuropäischen Hauptstädten vorzuführen.

Der Bund unterstützt das Programm "Kinofilm" mit einem Beitrag von 600'000 Franken.

2.41./42./43. Das Programm Kulturgütererhaltung des Bundesamtes für Kultur (BAK) für die CSFR, Polen und Ungarn

Die Sektion Denkmalpflege des BAK könnte sich im Rahmen des internationalen Programmes der "Division du Patrimoine Culturel" des Europarates an der Kulturgütererhaltung in Mittel- und Osteuropa beteiligen. Bevor allerdings die konkreten Projekte vor Ort ge-

startet werden können, bleibt noch ein schönes Stück Diagnose-Evaluations- und Programmarbeit zu leisten.

Der Europarat schlägt der Schweiz vor, sich zugunsten der CSFR, Polens und Ungarns an drei verschiedenen Projekten zu beteiligen.

Dabei könnte es sich etwa um die Erstellung von Inventaren über die kulturellen Schätze und die Bestimmung der Restaurationsprioritäten handeln, ebenfalls müsste der entsprechende gesetzliche Rahmen in diesen Ländern dringend aktualisiert werden, und schliesslich gäbe es auch etliche know how-Defizite in technischen Restaurationsfragen zu beheben.

Ob überhaupt oder in welcher Form sich das BAK im Programm des Europarates engagieren wird, steht zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht fest. Aufgrund der Abklärungen, die das Bundesamt noch in diesem Jahr vor Ort durchzuführen gedenkt, wird sich ergeben, inwieweit eigenständig bzw. via internationale Organisationen vorgegangen wird.

Für das Programm "Kulturgütererhaltung" sind aus dem Kredit für Soforthilfemassnahmen in Osteuropa 600'000 Franken reserviert worden.

3. Der Bereich "Umweltschutz"

Die Besorgnis über die prekäre Umweltsituation gehörte zu den Hauptfaktoren, welche die Demokratiebewegungen in den Staaten Osteuropas auslösten.

Heute sind sich sowohl die neuen Staatsführungen als auch die Öffentlichkeit über die Ernsthaftigkeit der Lage im klaren.

Um den katastrophalen Folgen weiterer Umweltverschmutzung vorzubeugen, sind Massnahmen auf regionaler wie auf nationaler Ebene dringend notwendig.

Die Schweiz wird ihr Umweltschutzprogramm für die CSFR und Ungarn zusammen mit den dortigen Umweltministerien ausarbeiten und mit anderen Aktionen der Gruppe der 24 in diesem Bereich koordinieren. Die schweizerischen Umweltschutzmassnahmen werden auf Sektore von besonderer Dringlichkeit zu konzentrieren sein.

Zwei Machbarkeitsstudien für die Bereiche Sondermüllbewirtschaftung und Schutz bzw. Verwaltung des Waldes liegen heute vor. Zusätzlich ist für beide Länder die Einführung der Basler Konvention geplant.

3.11./13. Das Programm "Sondermüllbewirtschaftung und Waldschutz" in der CSFR und Ungarn

Die DIO hat der Firma Holinger AG in Baden und dem Institut Eco-plan in Genf Mandate zur Erarbeitung von Machbarkeitsstudien zum Thema "Umweltschutz in der CSFR und in Ungarn" erteilt.

Aufgrund dieser Studien konnten zwei prioritäre Bereiche festgelegt werden: Verwaltung und Entsorgung von Sondermüll, betrifft in erster Linie Industrieabfälle, und Verwaltung bzw. Sanierung des Waldes (nur in der CSFR).

Ende April 1991 waren bereits 26 Projekte geplant: 13 im Bereich "Sondermüll", 10 im Bereich "Wald" und 3 für entsprechende technische Ausbildungsmassnahmen. Als nächster Schritt wird die Firma Holinger AG in den folgenden Wochen eine Projektausschreibung vornehmen, aus der die verschiedenen Projektträger hervorgehen werden.

Im Falle Ungarns bestehen im Bereich Sondermüllbewirtschaftung folgende Projekte besonderer Dringlichkeit:

- Modernisierung der galvanischen Technologie, um Abfälle zu vermeiden und die Möglichkeiten der Wiederverwertung zu verbessern.
- Errichtung von Verbrennungsanlagen für Abfälle von hohem halogenem Gehalt
- Erarbeitung umfassender Studien zur Bewältigung von Sonderabfällen in Ungarn.

Im Falle der CSFR bestehen im Bereich Sondermüllbewirtschaftung folgende Projekte besonderer Dringlichkeit:

- Ausbildung von Laboranalyse-Spezialisten
- Expertisen über ausgewählte Projekte im Bereich "galvanischer Schlamm"
- Studien über Probleme der Sondermüllbewirtschaftung für verschiedene Regionen
- Getrennte Müllsammlung in Bratislava und Prag
- Verbrennungsanlage für Sondermüll in Martin
- Studie über die Sanierung der Region Strazske

Waldschutz in der CSFR:

- Sanierung verschiedener Waldregionen
- Förderung der Ausbildung des Forstpersonals
- Lieferung von Jungbäumen aus Bergregionen der Schweiz

Die schweizerische Unterstützung besteht aus Lieferungen spezifischer Ausrüstungsgegenstände, einem Angebot an speziellen Ausbildungskursen und verschiedenen Dienstleistungen. Ein Teil dieser Hilfeleistungen beruhen auf Leihgaben zu günstigen Bedingungen. Die Rückerstattung wird allerdings zugunsten eines "fonds de contrepartie" (Partnerfonds) erfolgen, aus dem in den begünstigten Ländern zu einem späteren Zeitpunkt weitere Projekte im Bereich "Umweltschutz" finanziert werden können.

Gegenwärtig laufen zudem Vorbereitungen zur Einführung der "Basler Konvention" der Vereinten Nationen für die Umwelt (UNEP). Beide Länder produzieren Sondermüll, ohne dass ein entsprechendes know-how zu dessen Entsorgung vorhanden wäre. Dazu kommt, dass speziell Ungarn als Transitland für Sondermüll dient, der zur Lagerung nach Rumänien oder in die Türkei transportiert wird.

Die Einführung der Basler Konvention wird der CSFR und Ungarn helfen, sich der damit verbundenen Risiken besser bewusst zu werden und sie nach und nach zu minimieren.

Die Umweltschutzprojekte in der CSFR und Ungarn werden durch zwei internationale "Steering Committee" betreut, die seitens der Schweiz aus Vertretern des EDA, des Bundesamtes für Aussenwirtschaft (BAWI) und des Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL), seitens der CSFR bzw. Ungarns u.a. aus Vertretern der Umweltministerien zusammengesetzt sind.

Bis Ende 1992 können zur Finanzierung der Projekte im Bereich Umweltschutz rund 11,5 Mio. Franken aus dem Kredit des Bundes für verstärkte Zusammenarbeit mit den Ländern Osteuropas aufgewendet werden.

4. Der Bereich "Wissenschaft"

Seit längerer Zeit unterhält die Schweiz mit der CSFR, Polen und Ungarn einen Forscher/-Innen-Austausch: dies aufgrund von Verträgen, die das Bundesamt für Bildung und Wissenschaft mit den wissenschaftlichen Akademien der entsprechenden Länder abgeschlossen hat.

Heute möchte man den Direktkontakt zwischen Forschern bzw. Forschungsinstituten aller Staaten verbessern.

Die Wissenschaftspolitik in einer gesamteuropäischen Perspektive betrachtet hat ihr Augenmerk -auch in unserem eigenen Interesse- auf die Stärkung der lokalen Wissenskulturen in Ost- und Mitteleuropa zu richten. Angesichts der zunehmenden Globalisierung der Probleme im Umwelt- zunehmend aber auch im Gesellschaftsbereich, dürfen wir es uns nicht leisten, grosse Teile der intellektuellen und produktiven Kapazitäten Europas brach liegen zu lassen.

4.11./12./13. Das Programm "Nationalfonds" für die CSFR, Polen und Ungarn

Mit der Betreuung eines wissenschaftlichen Programms beauftragte die DIO den schweizerischen Nationalfonds. Seine Aufgabe besteht in der Beurteilung, Auswahl, Betreuung und Finanzierung von Forschungsprojekten, die ihm von schweizerischen Forschungsinstituten vorgelegt werden.

Besonders will man kürzere gegenseitige Studienaufenthalte, die Organisation wissenschaftlicher Seminare in der Schweiz oder in den drei betreffenden Ländern sowie kleinere Forschungsprojekte unterstützen.

In der Schweiz zeigen wissenschaftliche Institute und Forscher/-Innen an der Zusammenarbeit mit Osteuropa sehr grosses Interesse. In diesem Zusammenhang sind 1990 beim Schweiz. Nationalfonds bereits gegen 300 Projektvorschläge eingereicht worden.

Dem Nationalfond stehen zur Unterstützung von schweizerisch-osteuropäischen Forschungsprojekten insgesamt 3,8 Mio. Franken zur Verfügung.

Neben dem Programm "Nationalfond" wird die Schweiz exklusiv für Ungarn einen Beitrag zur Einrichtung des "Collegium Budapest" leisten.

4.23. Das Projekt "Collegium Budapest"

Die Stiftung Landis & Gyr in Zug und die DIO unterstützen gemeinsam die Gründung des "Collegium Budapest". Diese Institution steht im Zeichen gesamteuropäischer Wissenschafts-Kooperation.

Besonders soll sie Wissenschaftlern aus Ost und West die Chance bieten, in der Nachkriegszeit voneinander getrennte kulturelle und wissenschaftliche Traditionen wieder zusammenzuführen.

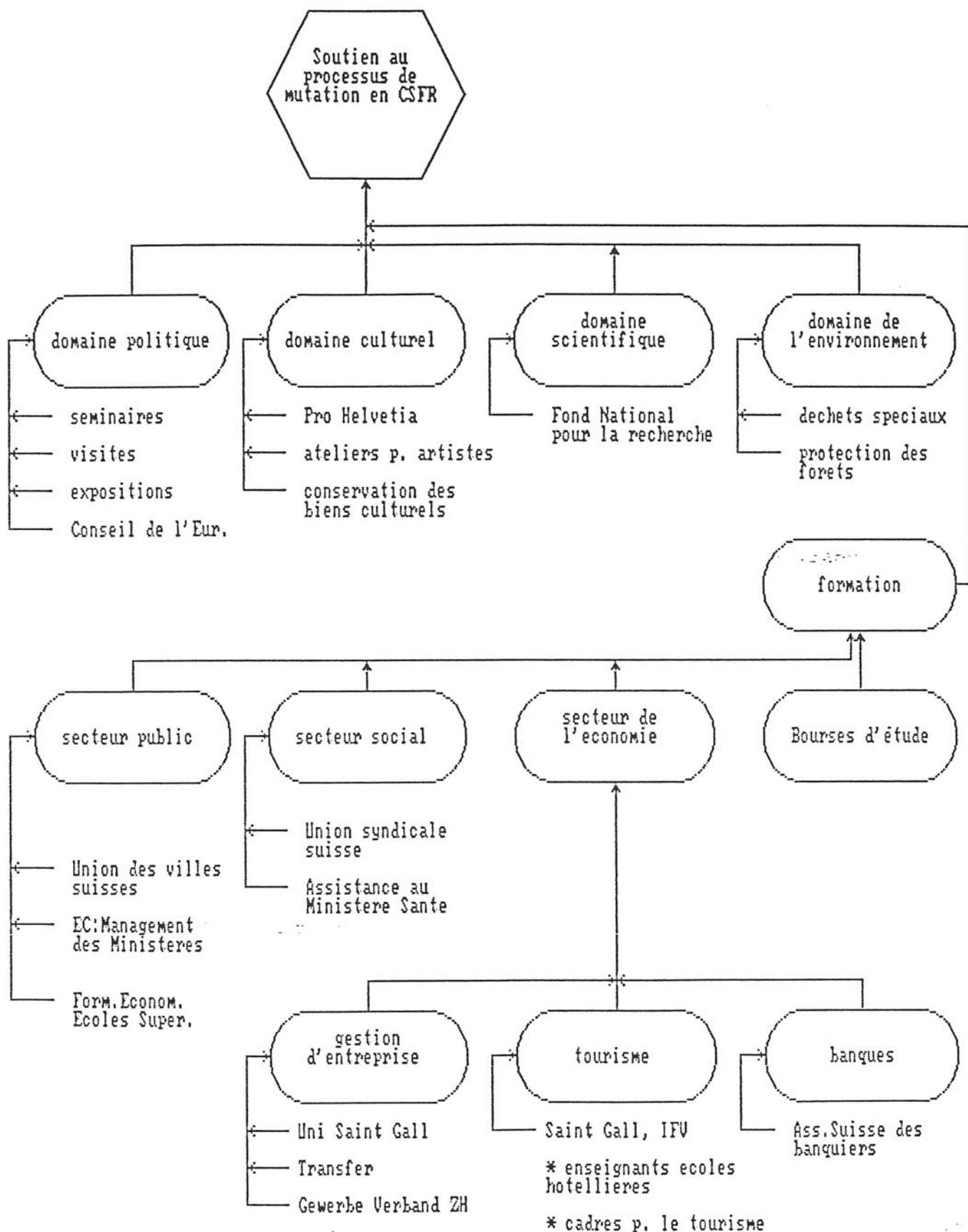
Nach dem Vorbild anderer Institutes for advanced study wird das Collegium Budapest hochrangigen Gelehrten und vielversprechenden Nachwuchswissenschaftlern Gelegenheit zur eigenen Forschung in einem internationalen, intellektuell anregenden Milieu bieten.

Daneben sind einige disziplinübergreifende Schwerpunktprogramme vorgesehen, die u.a. Themen wie Transformation von plan- in marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftssysteme, integrierte Umwelt-

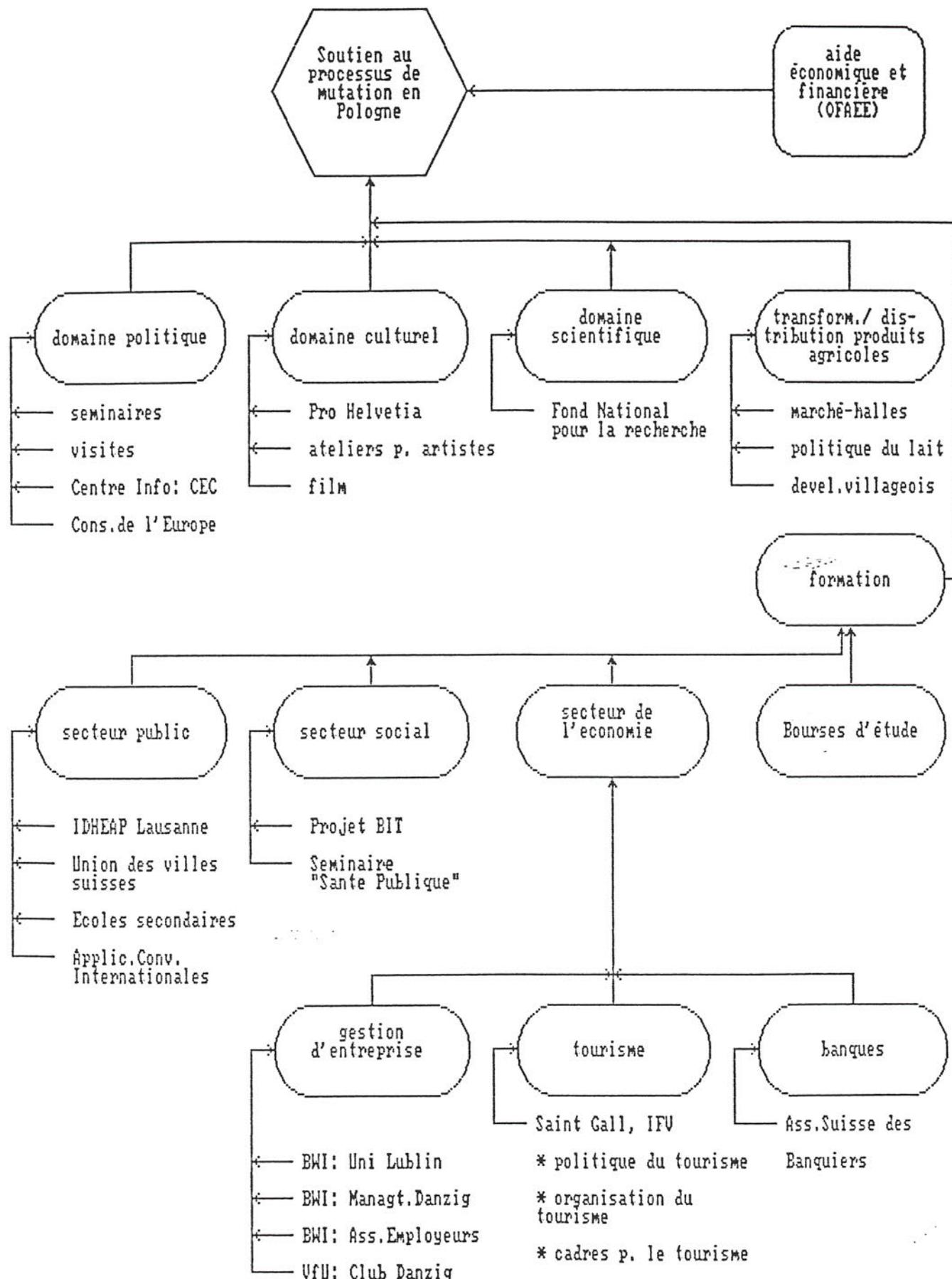
forschung oder Flüchtlinge und Minderheiten in Europa behandeln werden.

Die Schweiz beteiligt sich an der Finanzierung der fünfjährigen Anlaufphase. Die DIO und die Stiftung Landis & Gyr teilen sich die 1,5 Mio. Franken für die Finanzierung eines Betriebsjahres hälftig auf.

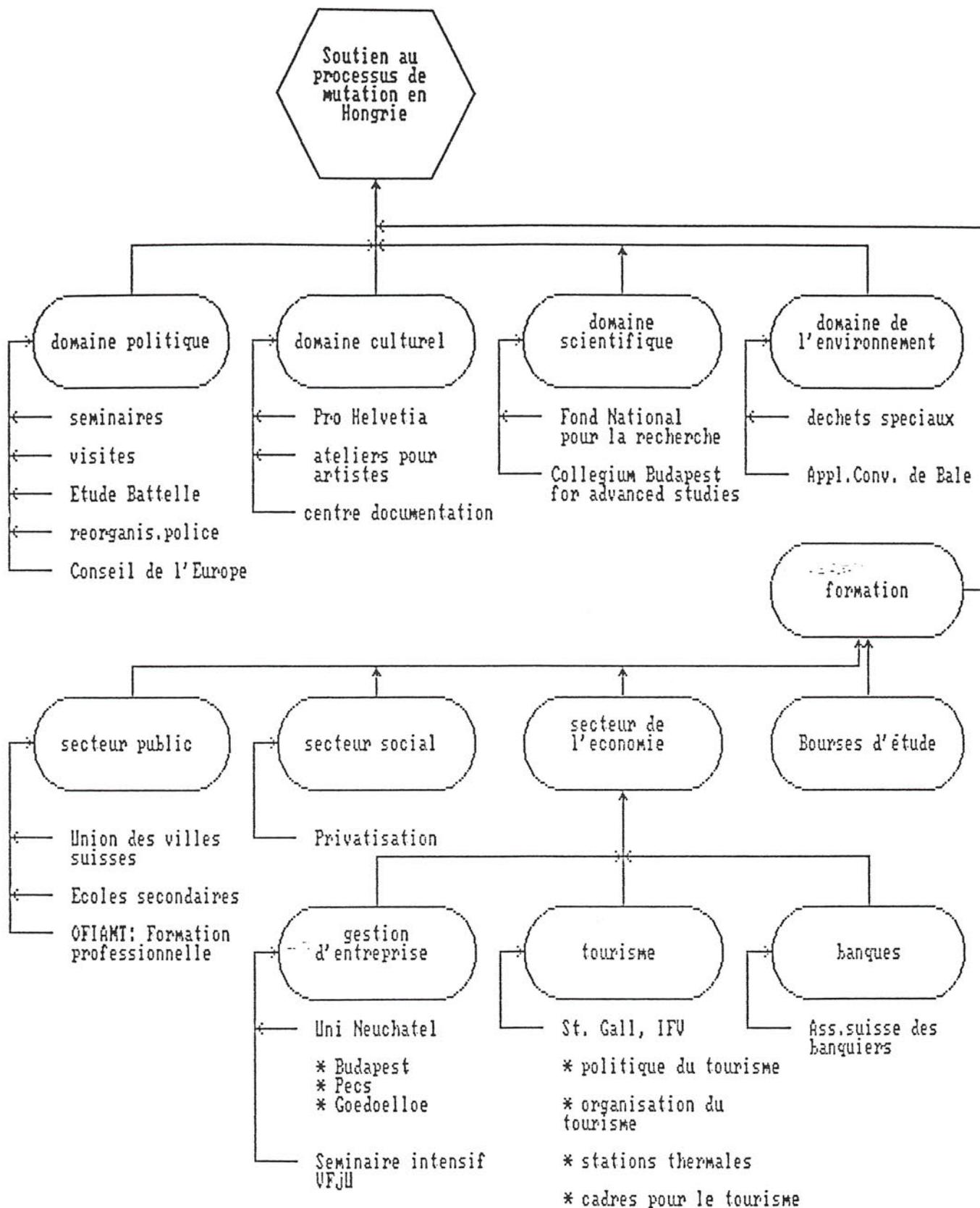
PROGRAMME CSFR



PROGRAMME POLOGNE

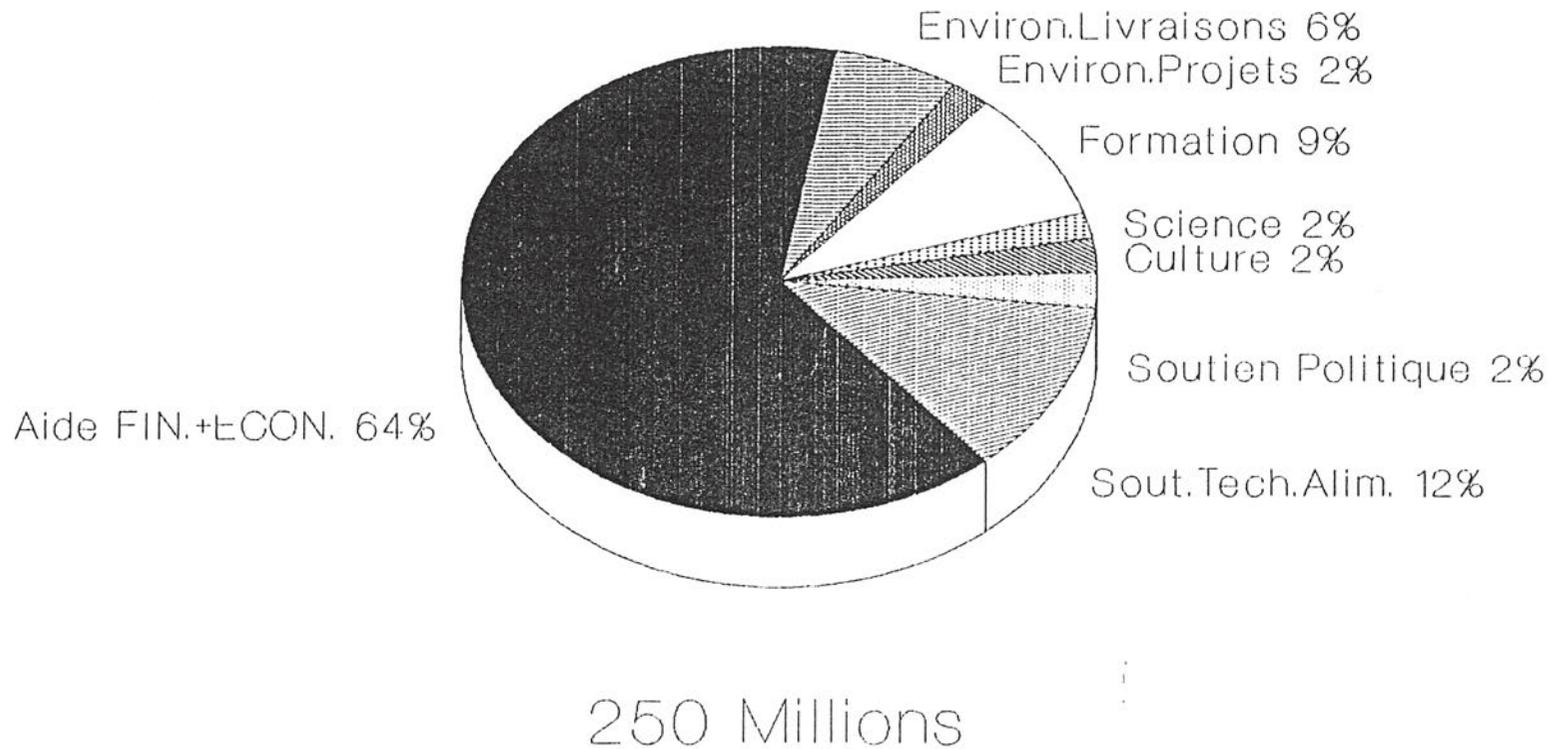


PROGRAMME HONGRIE



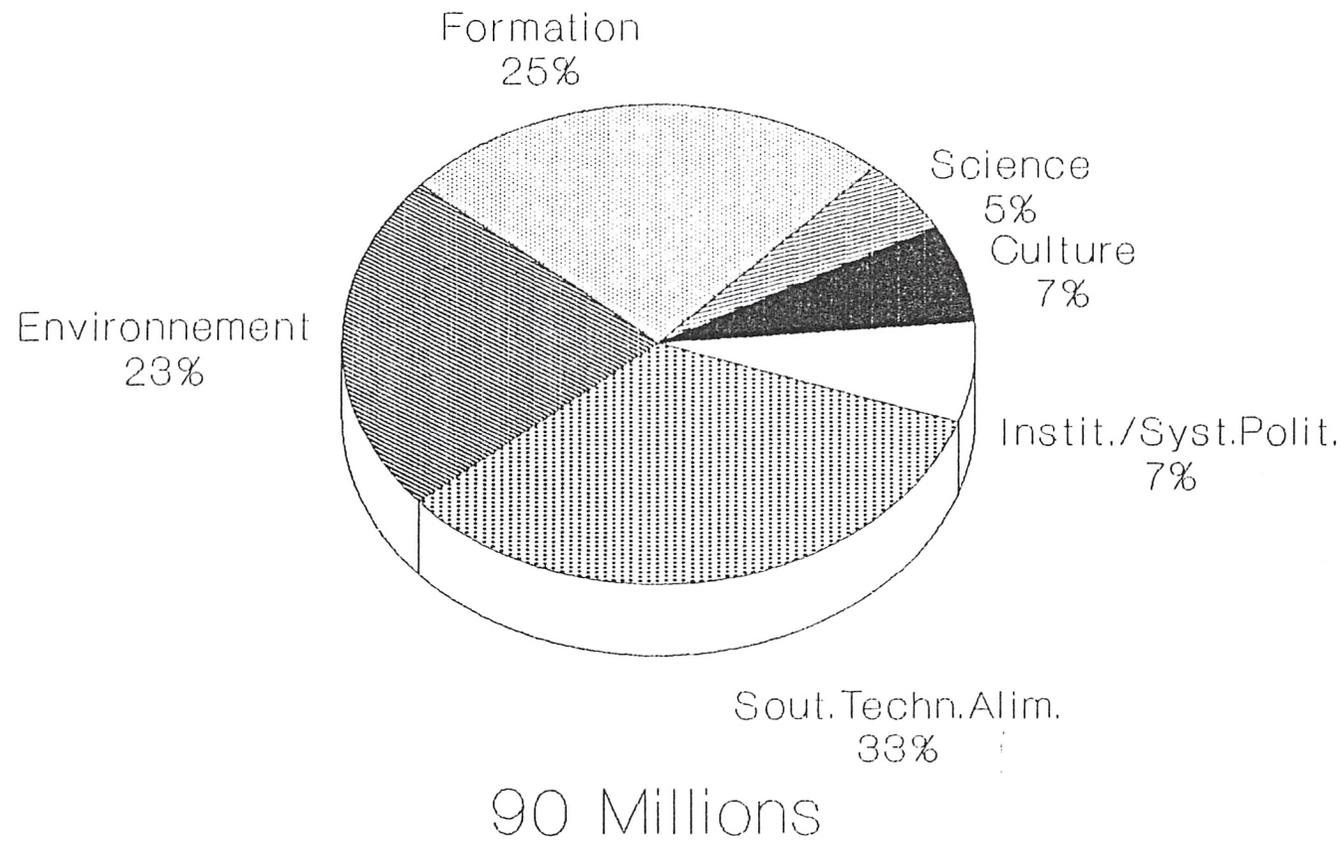
BUDGET PAR SECTEUR

Soutien Europe de l'Est



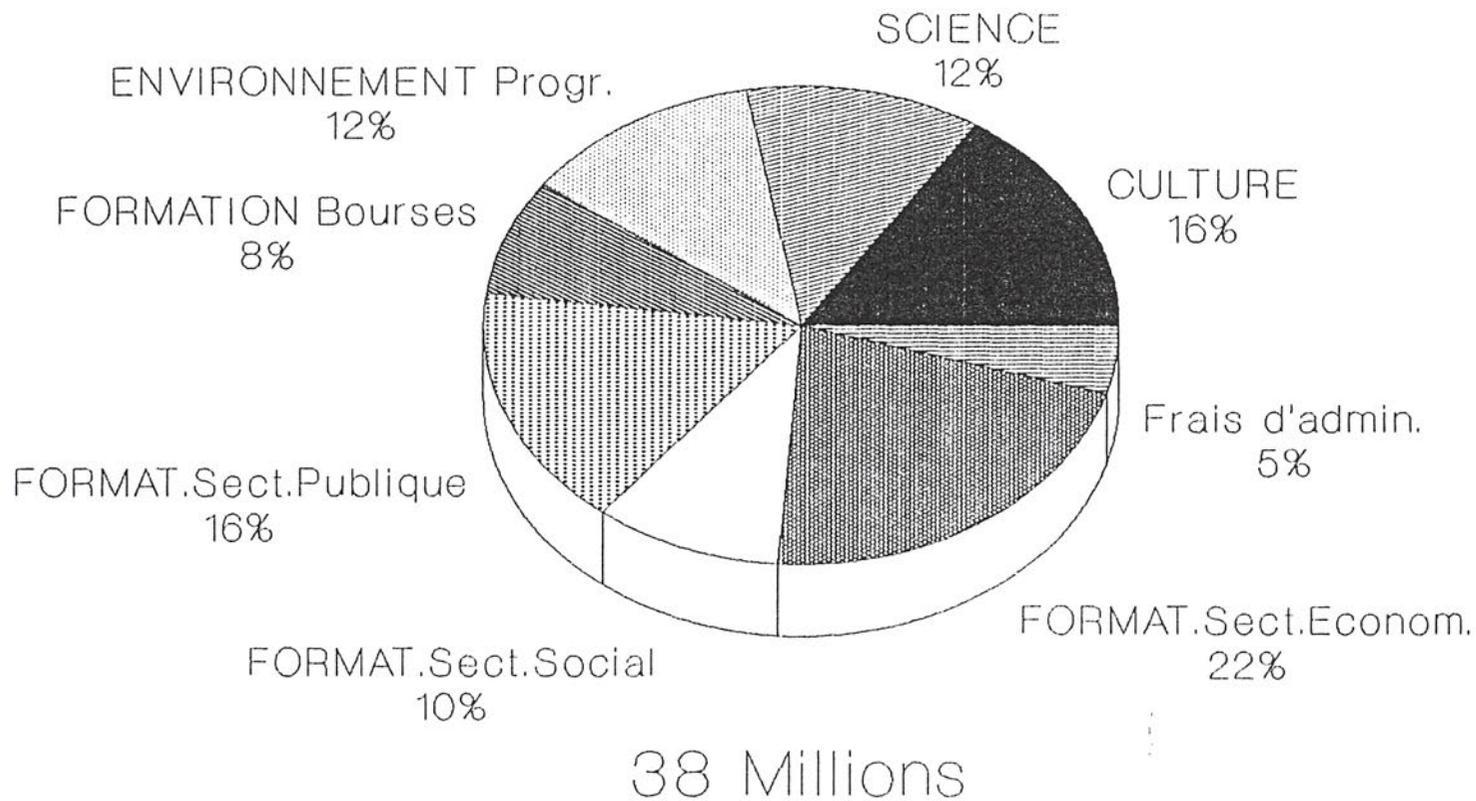
SOUTIEN TECHNIQUE

Budget par secteur



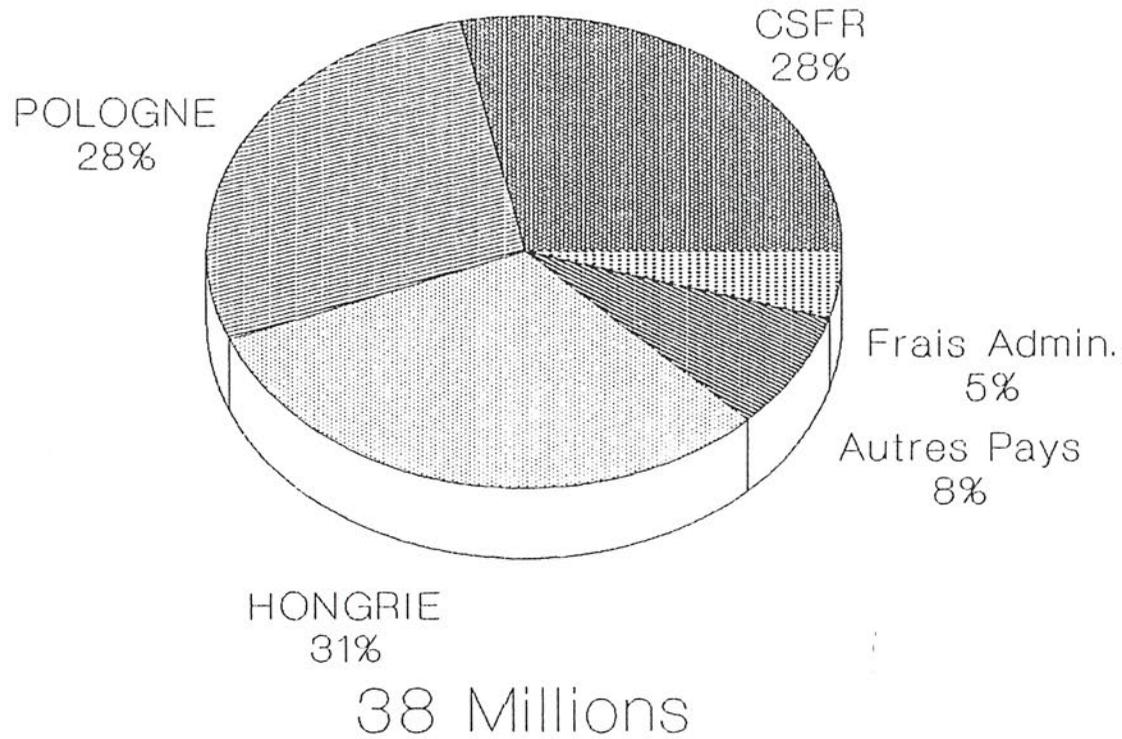
BUDGET PAR SECTEUR

DOI sans Livraisons OFAEE



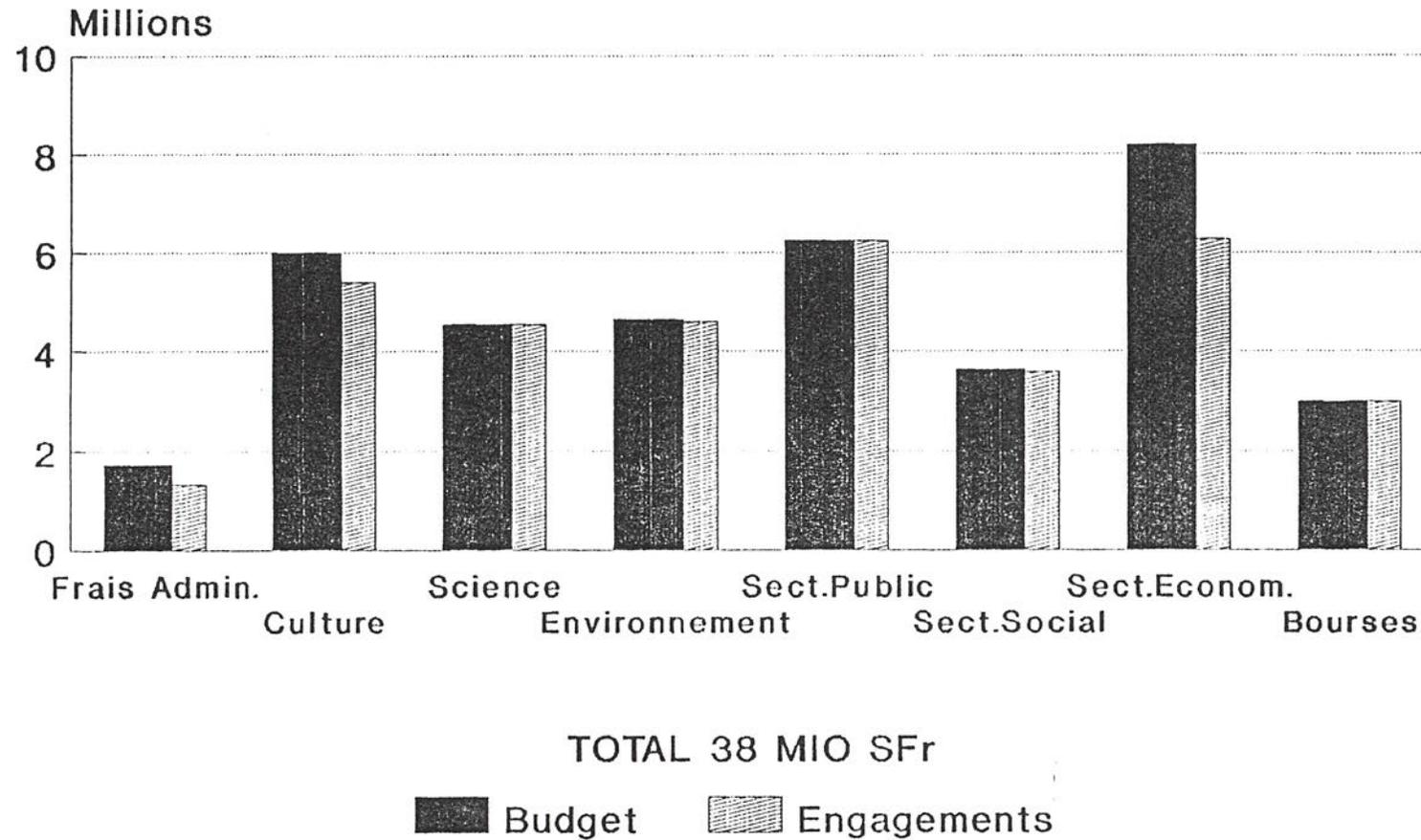
BUDGET PAR PAYS

DOI sans Livraisons OFAEE



SITUATION DFAE-DOI

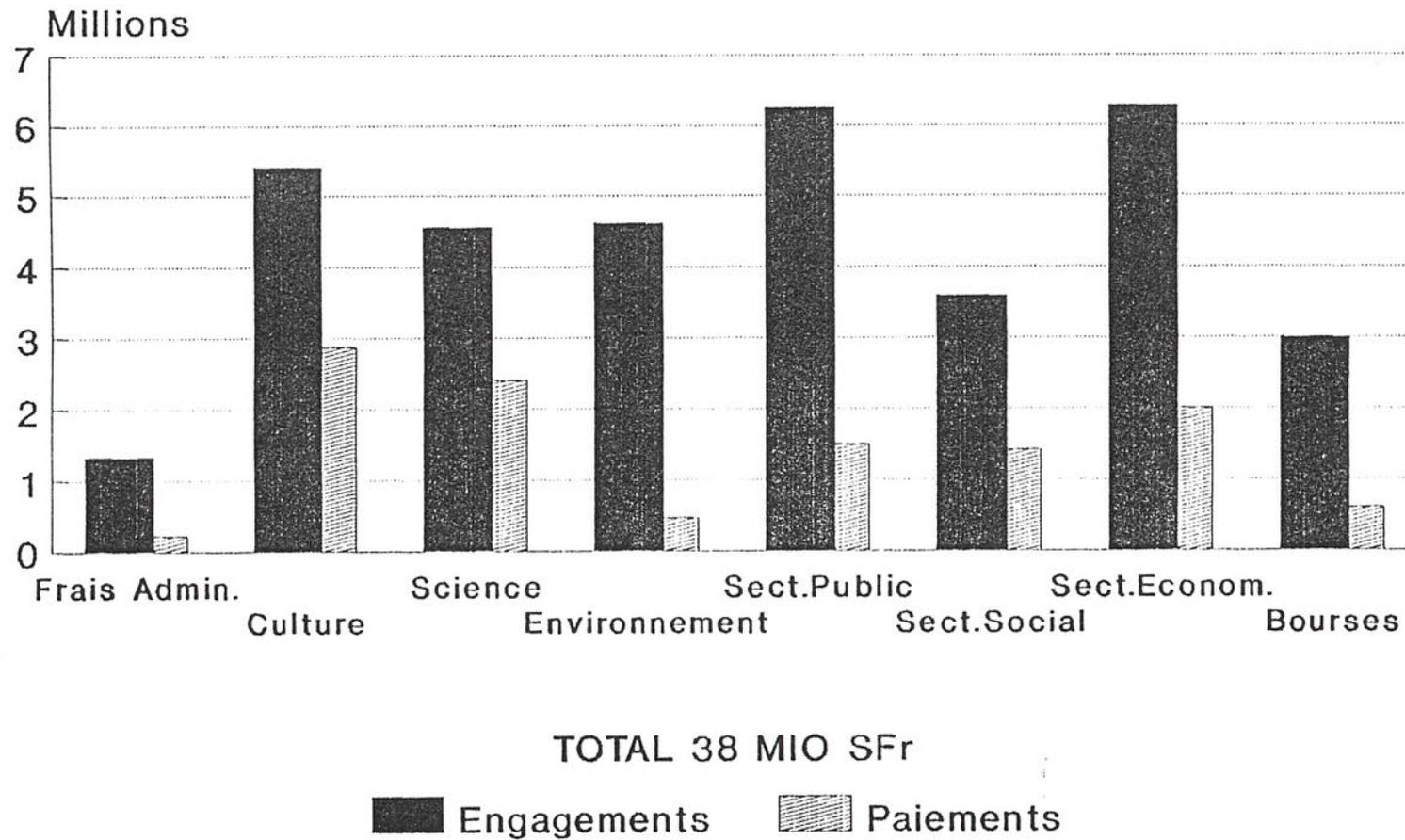
Comparaison Budget/Engagements



juin 1991

SITUATION DFAE-DOI

Comparaison Engagements/Paiements



juin 1991



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

0.310.(1).-CAN/MF

Bern, den 27. Juni 1991

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
Prière de rappeler cette référence dans la réponse
Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

- EDA : - Herrn Bundesrat R. Felber
- Sekretariat BRF
- PD : - Herrn Staatssekretär K. Jacobi
- Herrn Botschafter J. Staehelin
- Frau Botschafter M. von Grünigen
- Herrn Minister A. Lautenberg
- Herrn Carlos M. Orga
- GS : - Herrn Generalsekretär R. Schaller
- Presse- und Informationsdienst
- VD : - Herrn Botschafter M. Krafft
- DVA : - Herrn Botschafter J. Manz
- Herrn D. Savoye
- Botschaften in Belgrad, Budapest, Bukarest, Moskau, Prag, Sofia,
Warschau, Ankara, Athen, Bonn, Brüssel, Canberra, Den Haag, Dublin,
Helsinki, Kopenhagen, Lissabon, London, Madrid, Oslo, Paris, Rom,
Stockholm, Tokio, Washington, Wellington, Wien
- Mission EG, Brüssel
- Mission Genf (ECE)
- OECD-Delegation, Paris

Bundesamt für Aussenwirtschaft			
No. <i>Inl 161.5.01</i>			
EE			
R		28. JUNI 1991	
<i>Jek</i>		<i>a.a.</i>	
Kopie an			

- EVD : BAWI : - **Herrn Botschafter R. Jeker**, stellvertr. Direktor
- Herrn Botschafter S. Arioli, Delegierter für Handelsverträge
- Herren H.-U. Mazenauer und H. Escher
BIGA : - Herrn Direktor K. Hug
- Herrn R. Natsch
- Herrn H. Summermatter
- Herrn J.-J. Elmiger

- EDI : BBW : - Herrn G. Schuwey, stellvertr. Direktor
- Herren E. Flammer und N. King
BAK : - Herrn Direktor A. Defago
- Herrn H. R. Dörig, stellvertr. Direktor
- Frau D. Kipfer
BUWAL : - Herrn Direktor B. Böhlen
- Herrn F. Dubois

- EFD : Finanzverwaltung : Herrn Y. Emery, Finanzdienst IV
EFK, Sektion 7 : Frau V. Eggimann, Herrn A.-R. Wagner

KJP, HO, GRU, MAT, DUC, HOF, H. Minister I. Leutert (Bonn)

INFORMATIONSNOTIZ

Geschäftsbericht der Direktion für Internationale Organisationen über technische Zusammenarbeit mit der CSFR, Polen und Ungarn im Rahmen des Sofortprogramms der Schweiz für Osteuropa

Wir freuen uns, Ihnen beiliegend den ersten Geschäftsbericht der DIO zu senden. Er verschafft Ihnen einen Ueberblick über den Stand der Arbeiten beim Unterstützungsprogramm für die o.g. Länder. Informiert wird über Umfeld, Problemstellung, Zielsetzung und Kosten eines jeden Projekts.

DIREKTION FUER INTERNATIONALE
ORGANISATIONEN
Der Vize-Direktor



Walter B. Gyger